

Nov/Dez 2018/Jan 2019

Ausgabe 41



# .ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie

# magazin



## Euratom

Wie ein Uralt-Vertrag der EU  
Atomkraft noch immer vergoldet

Schwerpunkt Seite 6–10

### Riskant

„Rissartige Vertiefungen“ im Dampferzeuger des AKW Neckarwestheim-2 – und ein ungeklärtes brisantes Störfallszenario

Seite 12–13

### Abhängig

Atomindustrie-Experte Mycle Schneider über den Druck der Militärs, weiter Atomkraftwerke zu betreiben oder neue zu errichten

Seite 16–17

### Verstopft

Warum die Strategie von Politik und AKW-Betreibern, Atomschutt billig freizumessen, nun den Abriss der AKW behindern könnte

Seite 18–21

# Inhalt

## 3 Editorial

## 4 Anti-Atom-Meldungen

## 6 Euratom – oder Europa ohne Atom

**Einleitung** | Warum die EU seit mehr als 60 Jahren die Atomkraft fördert und wie die Europäische Atomgemeinschaft reformiert werden kann

## 8 Das Atom-Relikt

**Hintergrund** | Fragen und Antworten zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Förderung der Atomkraft durch die EU

## 11 Atomkraft in Österreich

**Hintergrund** | 40 Jahre Volksentscheid gegen das AKW Zwentendorf: Von einem der letzten zum ersten Industrieland ohne AKW

## 12 Gefährliches Wasser

**Hintergrund** | Zum wiederholten Mal fallen im AKW Neckarwestheim-2 Schäden an den Heizrohren der Dampferzeuger auf

## 14 Beteiligt werden oder beteiligt sein?

**Analyse** | Auszugsweiser Vorabdruck einer Analyse von Dr. Dieter Kostka zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Standortsuche für ein Atommüll-Lager

## 16 „Ohne AKW haben die Militärs ein Problem“

**Interview** | Mycle Schneider, Herausgeber des World Nuclear Industry Status Report, über militärische und andere Interessen am Neubau von AKW und die Zukunft des französischen Reaktorparcs einschließlich des AKW Fessenheim

## 18 Verstopft

**Hintergrund** | Mit einem ausgeklügelten Konzept wollten sich die AKW-Betreiber kostengünstig ihres Atomschutts entledigen. Doch jetzt scheint der Plan nicht ganz aufzugehen: Die Bevölkerung spielt nicht mit

## 20 „Die ganze Gemeinde war auf Achse“

**Porträt** | Dierk-Christian Vogt, 56, streitet mit einer Bürgerinitiative und als Arzt in seinem Heimatort Schwieberdingen bei Ludwigsburg gegen die Ablagerung schwach radioaktiven AKW-Schutts auf normalen Deponien

## 22 .ausgestrahlt-Shop

## 23 .ausgestrahlt fördern

.ausgestrahlt bleibt wachsam, kritisiert die steigenden und aktuellen Gefahren und kämpft für ein schnelles Aus der AKW. Bist du Dabei?

## 24 Zeitraubendes Scheitern

**Infografik** | 1975 kürt die Bundesregierung die ehemalige Eisenerzgrube Schacht Konrad bei Salzgitter zum Atommülllager – ohne Standortvergleich. Das rächt sich: Immer neue Probleme treiben die Kosten in die Höhe, eine Inbetriebnahme des Lagers ist nicht absehbar

## Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner\*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 17-köpfiges Team von Ehrenamtlichen und Angestellten.  
[ausgestrahlt.de/ueber-uns](http://ausgestrahlt.de/ueber-uns)

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir. Möchtest Du das Magazin nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis.  
[ausgestrahlt.de/magazin](http://ausgestrahlt.de/magazin)

Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.  
[ausgestrahlt.de/newsletter](http://ausgestrahlt.de/newsletter)

**Mehr als 3.400 Förderer und Förderinnen** legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank!  
[ausgestrahlt.de/foerdern](http://ausgestrahlt.de/foerdern)

## Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.  
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00  
BIC: GENODEM1GLS GLS Bank  
Spenden sind steuerlich absetzbar.

## Impressum

.ausgestrahlt  
Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg  
[info@ausgestrahlt.de](mailto:info@ausgestrahlt.de)  
[ausgestrahlt.de](http://ausgestrahlt.de)

**Redaktion:** Angela Wolff, Armin Simon, Jochen Stay  
**Bildredaktion:** Andreas Conradt  
**Mitarbeit:** Carolin Franta, Julia Schumacher, Julian Jenkel, Jürgen Rieger, Peter Weish, Sarah Lahl, Ute Bruckart  
**Gestaltung:** Holger M. Müller ([holgermmueller.de](http://holgermmueller.de)); Entwurf: Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender  
**Druck:** Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier  
**Auflage:** 22.500  
**V.i.S.d.P.:** Jochen Stay



Foto: Günter Zint

Protest gegen Rodungen in Gorleben

# Stopp RWE

Liebe Leserin, lieber Leser,

kamen auch Dir so manche Bilder der letzten Wochen sehr bekannt vor? Aktivist\*innen, die im Wald sitzen, die mit Schlafsäcken und Iso-matten in Hüttendörfern ausharren, sich widersetzen, tagelang, auf dem Boden, in den Bäumen. Tausende von Demonstrant\*innen, Unterstützer\*innen, Spaziergänger\*innen, bunte Fahnen, Polizei mit schwerem Gerät, Räumungsdurchsagen, 1. Aufforderung, 2. Aufforderung, Hebebühne, Platzverweis. Menschen werden weggetragen, Kameras surren.

Atomkraftgegner\*innen, zumal jene, die einmal im Wendland bei einem Castor-Transport waren oder auf der Bohrstelle 1004 („Freie Republik Wendland“), auf dem AKW-Bauplatz in Wyhl am Kaiserstuhl oder im Taxöldener Forst in der Oberpfalz, der für die WAA Wackersdorf gerodet wurde, kennen solche Bilder.

Atomkraftgegner\*innen kennen auch RWE, seit Jahrzehnten Energiewendeverhinderer Nr. 1.

Atomkraftwerke, Braunkohlekraftwerke, Steinkohlekraftwerke, Urananreicherung, Tagebaue, Netzverstopfer – das ist RWE. Noch immer gibt es Hunderttausende, die das täglich unterstützen, indem sie bei RWE selbst oder den Konzerntöchtern innogy, eprimo, Envia-M, Süwag und Westnetz ihren Strom kaufen. Dabei verkauft selbst die angebliche „Ökostromtochter“ innogy zu 97 Prozent Kohle- und Atomstrom. RWE will den Hambacher Wald roden, weiter klimaschädliche Braunkohle in gigantischen Mengen verfeuern und betreibt noch immer die gefährlichen Atomkraftwerke in Lingen und Gundremmingen – letzteres mit mangelhaftem Notkühlsystem. Ziehen wir dem Konzern den Stecker. Stoppen wir die Bagger. Kein Geld mehr für Kohle- und Atomgeschäfte! Kein Geld für die Energiewendeblockierer!

Nutzen wir den Schwung der erfolgreichen Kohleproteste, um all jene jetzt zum Stromwechsel zu animieren, die das bisher vergessen oder nicht auf dem Schirm oder schlicht nicht erledigt hatten. .ausgestrahlt hat dafür einen aktuellen Flyer erstellt, den Du zum Verteilen kostenlos bestellen kannst – siehe Seite 22.



Atomkraftwerke abschalten, Kohlemeiler stilllegen – solche Kämpfe brauchen einen langen Atem. Und die Zuversicht, dass viele Menschen, die an vielen Orten viele kleine Dinge tun, am Ende auch die scheinbar übermächtigsten Gegner\*innen in die Knie zwingen können. Wer wüsste das besser als die Anti-Atom-Bewegung? Geben wir diese Erfahrung weiter!

Armin Simon  
und das ganze .ausgestrahlt-Team



Foto: urantransporte.de

Oben die Autobahn, unten die Mosel – und die Uranzug-Gleise

## Am langen Seil

Mit einer Abseilaktion von der mehr als 100 Meter hohen Moseltalbrücke der A 61 und einer Blockade der darunter verlaufenden Gleise der Moseltalbahn haben Atomkraftgegner\*innen am 1. September einen Urantransport nach Frankreich mehrere Stunden lang aufgehalten. Das Uranoxid aus Namibia war in Hamburg umgeschlagen worden, von wo es per Zug zur Urankonversionsanlage im südfranzösischen Narbonne gehen sollte.

[urantransporte.de](http://urantransporte.de)



Foto: Andreas Conrad / PubliXviewing

Die gepanzerten Zugmaschinen für die geplanten Castor-Tranporte aus Jülich dürften noch wichtiger ausfallen als dieses Sicherheitsfahrzeug für plutoniumhaltige MOX-Brennelemente

## Klappe auf

Der allergrößte Teil der Brandschutzklappen in deutschen Atomkraftwerken ist nach Einschätzung von Brandsachverständigen technisch veraltet. Das deckte das gemeinnützige Recherchezentrum Correctiv auf. Demnach werden die meisten der Klappen nach wie vor nur durch ein Schmelzlot ausgelöst – ein Metallstück, das bei etwa 70 Grad schmilzt. Insgesamt geht es um mehr als 5.500 Klappen, die fest in den Lüftungsrohren der AKW eingebaut sind. Sie sollen im Brandfall nicht nur ein Übergreifen der Flammen, sondern auch die Ausbreitung von Rauch in andere Räume verhindern: Dessen aggressive Inhaltsstoffe können insbesondere elektronische Bauteile zerstören. Nur wenige Klappen sind allerdings überhaupt fernauslösbar, noch weniger an Rauchmelder angeschlossen. [correctiv.org](http://correctiv.org)

## Waffen im Spind

Ein Angestellter der Urananreicherungsanlage Gronau hat unbemerkt mehrere Waffenteile in die hochgesicherte Anlage geschmuggelt. Nachdem die „nicht-autorisierten Objekte“ in seinem Spind entdeckt worden waren, schaute sich die Polizei auch bei ihm zu Hause um und stieß auf jede Menge Waffen, darunter eine scharfe, sowie kiloweise Chemikalien zur Herstellung von Sprengstoff. Urenco-Anteilseigner RWE lehnte unterdessen in einem Gespräch mit Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbänden einen Stopp der Urananreicherung in Gronau ab.

## Exportantrag für Atommüll aus Jülich

Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN), Nachfolgerin der Atomsparte des Forschungszentrums Jülich, hat Ende Juni beim Bundesamt für Wirtschaft offiziell den Export von 152 (kleinen) Castor-Behältern mit hochradioaktivem Atommüll in die USA beantragt. Die Bundesregierung verwies auf Nachfrage darauf, dass ein Atommüllexport aus „schwerwiegenden Gründen der Nichtverbreitung von Kernbrennstoffen“ möglich sei. Das US-Energieministerium stellte Ende September allerdings klar, dass die Brennstoffkugeln aus Jülich nicht als waffenfähiges Material einzustufen seien, weswegen es gar keinen Grund gebe, sie zurückzunehmen.

Unterdessen orderte die JEN drei gepanzerte Spezial-Zugmaschinen für Castor-Transporte. Diese könnten sowohl zu einem Hafen als auch ins Zwischenlager Ahaus rollen. Atomkraftgegner\*innen fordern seit Jahren den Bau einer neuen Zwischenlagerhalle in Jülich. Offiziell wird auch diese Option noch „geprüft“.



## Anti-Atom-News maßgeschneidert

Aktuelle Informationen über Atomthemen sind die Basis erfolgreicher Anti-Atom-Arbeit – lokal und überregional. .ausgestrahlt hat deshalb seinen E-Mail-Nachrichten-Service kräftig ausgebaut. Neben dem „Atomradar“, das einmal täglich eine Auswahl der wichtigsten Meldungen liefert, lassen sich nun gezielt Nachrichten nur zu bestimmten Themen oder Standorten abonnieren. Für etliche Atomstandorte im In- und Ausland ist darüber hinaus ein eigener Twitter-Kanal verfügbar.

[atomradar.ausgestrahlt.de/abonnements](http://atomradar.ausgestrahlt.de/abonnements)



Vorsicht beim Bewegen – sind die Haltegitter und Brennstäbe im Innern des Castor-Behälters irgendwann nicht mehr stabil, könnte der Spaltstoff zu einer kritischen Masse zusammenrutschen

## Auch Sailer warnt vor Brösel-Castor

Der Vorsitzende der Entsorgungskommission Michael Sailer hält mit Blick auf die noch Jahrzehnte andauernde Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle Untersuchungen älterer Castoren für unabdingbar. Die Behälter seien stets nur für eine Nutzungsdauer von 40 Jahren geprüft worden. Unter anderem fehlten „belastbare Erkenntnisse“ zum Langzeitsicherheitsverhalten der Dichtungen sowie zur Integrität der hochradioaktiven Brennelemente selbst, sagte er der Gorleben-Rundschau. Sailer, der seit 35 Jahren den Fachbereich Nukleartechnik und Anlagensicherheit beim Öko-Institut leitet, schloss sich damit wesentlichen Forderungen des Atommüll- und Castor-Experten Wolfgang Neumann an (vgl. .ausgestrahlt-Magazin Nr. 33 und Nr. 38).

## Bayern hält an Bombenuran fest

Bayerische Staatsregierung und TU München wollen den Forschungsreaktor München-II auch über 2018 hinaus mit waffenfähigem, hochangereicherem Uran betreiben. Die in der Betriebsgenehmigung des Reaktors festgeschriebene Pflicht, ihn auf einen Brennstoff mit niedriger angereicherem Uran umzurüsten, entfalte „keine Rechtswirkung mehr“, teilte das Wissenschaftsministerium auf eine Anfrage der Grünen mit. Die erste Frist zur Umrüstung war Ende 2010 ohne Ergebnis verstrichen und dann um acht Jahre verlängert worden. Die immer noch waffenfähigen abgebrannten Brennelemente lagern bisher im Abklingbecken des Reaktors. Weil dieses voll ist, sollen sie 2019 ins Zwischenlager Ahaus transportiert werden. Die Menge reicht aus für etwa 50 Hiroshima-Bomben.



Im Abklingbecken des Forschungsreaktors München-II auf dem Campus in Garching lagert hochangereichertes Uran für 50 Atombomben

## Katastrophenschutz auch für Babys

Mehr Schutz für Schwangere und Kleinkinder bei Reaktorunfällen fordern die Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW). Neuere Untersuchungen wiesen auch für niedrige Strahlendosen bis 10 Millisievert Chromosomenschäden in relevanter Art und Anzahl nach. Diese können unter anderem zu Krebs führen. Weil sich ihre Zellen schneller teilen, ist das Risiko für Embryonen, Neugeborene, Säuglinge und Kleinkinder besonders hoch. Für sie und für schwangere Frauen müssten daher schon bei einer zu erwartenden Strahlendosis von 10 Millisievert Katastrophenschutzmaßnahmen greifen. [ippnw.de/atomenergie](http://ippnw.de/atomenergie)



Castor-Blockade auf den Schienen bei Harlingen 2011

## Entschädigung für Castor-Gegner\*innen

Sieben Jahre nach dem bislang letzten Castortransport nach Gorleben muss das Land Niedersachsen mehreren Hundert oder gar Tausenden Castor-Gegner\*innen Entschädigungen zahlen. Sie hatten 2011 und 2010 nahe der Ortschaft Harlingen die Gleise besetzt. Die Polizei räumte damals die Blockaden, hielt die Menschen danach aber bis zu sieben Stunden lang bei eisigen Temperaturen in einem Polizeikessel im Freien fest – ohne richterliche Genehmigung. Mehrere Gerichte erklärten diese Einkesselung deshalb im Nachhinein für rechtswidrig, das Bundesverfassungsgericht sprach den Betroffenen ein Anrecht auf Schmerzensgeld zu. Das Landgericht Lüneburg bemmaß dies nun mit 350 Euro pro Kopf. Allein 2011 waren 1.300 Menschen eingekesselt. Betroffene müssen allerdings nachweisen, dass sie damals mit im Kessel waren. [widersetzen.de](http://widersetzen.de)



Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957

Foto: EU

# Euratom – oder Europa ohne Atom

**Einleitung** | Warum die EU seit mehr als 60 Jahren die Atomkraft fördert und wie die Europäische Atomgemeinschaft reformiert werden kann

**G**äbe es ein EU-Fossil, steinalt und verstaubt, aber unsterblich, gefangen im Gestern, nie reformiert, nie abgeschafft, selten sichtbar und doch noch immer wirkmächtig und hungrig – es wäre Euratom, die Europäische Atomgemeinschaft. Gegründet 1957 zum einen, um die „zweite industrielle Revolution“, die im damals anbrechenden Atomzeitalter nicht wenige sahen, zu meistern – die finanziellen, technischen und Rohstoff-Hürden waren im nationalen Alleingang kaum zu überwinden. Gegründet aber auch, weil Atomkraft ein damals noch unbeackertes Gebiet war, auf dem keine nationalen Souveränitäten beschnitten werden mussten. Befürworter\*innen einer europäischen Integration sahen darin die Chance, diese zumindest auf diesem Teilgebiet zu erreichen. Sie koppelten diese Idee an die Bestrebungen

jener, die eine rein wirtschaftliche Integration Europas anstrebten. Der Kompromiss war das Doppelpack „Gemeinsamer Markt plus Euratom“. Entsprechend unterzeichneten die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern am 25. März 1957 in Rom zwei Verträge: den über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den über die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom).

Artikel 1 des Euratom-Vertrags definierte als Ziel die Förderung der Atomindustrie und der Atomforschung – schließlich stelle Atomkraft „eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt“ dar. Ziel und Einschätzung sind bis heute unverändert, so wie Euratom als Institution alle seitherigen Reformen der EU mehr oder weniger

unverändert überstanden hat. Der auf unbegrenzte Zeit geschlossene Vertrag entfaltet seine Pro-Atom-Wirkung heute noch genauso wie vor 60 Jahren.

## Geld für Reaktoren

Milliarden an EU-Geldern sind seither in Atomforschung und Reaktorprojekte geflossen, aktuell finanziert Euratom unter anderem Forschungen an hoch umstrittenen Reaktoren der sogenannten „Generation IV“ sowie das irrwitzig teure Fusionsreaktorexperiment ITER.

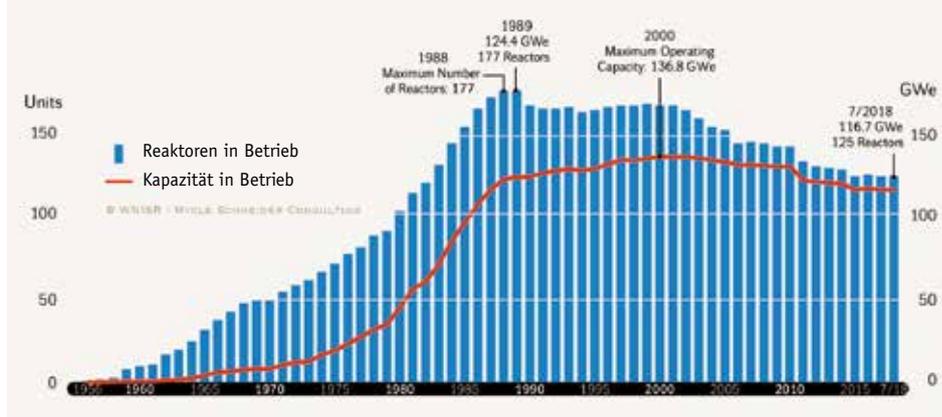
Fataler in ihrer Auswirkung sind allerdings die indirekten Begünstigungen der Atomkraft, die Euratom verantwortet. Das sind zum einen laxe, sehr atomindustriefreundliche Regelungen, was die Haftung für Atomunfälle angeht. Zum anderen erwähnt Artikel 2 des Euratom-Vertrages explizit Investitionserleichterungen und die Förderung des Baus von Atomanlagen. Zwar gibt Euratom selbst kein Geld für neue AKW. Die Regelungen erlauben es aber nationalen Regierungen, den Bau neuer Reaktoren mit Beihilfen, Staatskrediten, Einspeisetarifen und anderen Wohltaten zu unterstützen. Unter Berufung auf den Förderzweck des Euratom-Vertrages nickt die EU-Kommission auch solche Hilfen ab, die sie sonst aus Wettbewerbsgründen untersagen würde. Im Fall des AKW-Neubauprojekts Hinkley Point C in Großbritannien billigte unlängst sogar der Europäische Gerichtshof diese Wettbewerbsverzerrung zugunsten der Atomkraft – explizit unter Verweis auf den Euratom-Vertrag. Ohne derlei Subventionsmechanismen wäre der Neubau von AKW in Europa vermutlich kein Thema mehr.

Der Pro-Atom-Vertrag von 1957, dem alle neuen EU-Mitgliedsstaaten seither beitreten mussten, ist längst aus der Zeit gefallen – das sehen inzwischen viele so. Nur noch die Hälfte der EU-Mitgliedsländer betreibt überhaupt Atomkraftwerke; einige davon haben schon beschlossen, die Nutzung auslaufen zu lassen. Strom aus neu gebauten Atomkraftwerken ist sehr teuer, weitaus günstigeren Strom liefern die Erneuerbaren Energien, deren Ausbau wiederum inkompatibel mit Atomkraftwerken ist. Abriss der AKW und Lagerung des Atommülls verschlingen Milliarden. Davon, dass Atomkraft für Aufschwung und Wohlstand Sorge, kann heute keine Rede mehr sein.

Einige Male schon gab es Ansätze, den Euratom-Vertrag aus dem 1950ern zu entrümpeln und zu reformieren, zuletzt Anfang des Jahrtausends im Zuge der Verhandlungen über eine

## Atomkraftwerke und AKW-Nettokapazität in der EU 28

von 1956 bis 1. Juli 2018



Quelle: World Nuclear Industry Status Report 2018, worldnuclearreport.org

Europäische Verfassung. Eine von der Europäischen Kommission eingesetzte Arbeitsgruppe untersuchte, welche Passagen noch zeitgemäß und erhaltenswert seien und welche nicht. Auch aus dem Verfassungskonvent heraus kamen Vorschläge für ein „Phase-out“ von Euratom. Mit dem Scheitern der Europäischen Verfassung waren auch sie vom Tisch.

Bei der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon, der die EU reformierte, gaben fünf Länder, darunter mit Deutschland, Schweden und Ungarn drei mit Atomkraftwerken, eine gemeinsame Erklärung zu Protokoll. „So schnell wie möglich“, forderten sie, sei eine Regierungskonferenz einzuberufen, die über eine Reform des Euratom-Vertrages verhandeln solle. Taten folgten dem allerdings nie. Und obwohl eine Reform von Euratom im schwarz-roten Koalitionsvertrag vereinbart ist, beschied das zuständige Wirtschaftsministerium gerade erst, es bestehe „kein Handlungsbedarf“.

Das sehen Atomkraftgegner\*innen anders. Welchen Sinn macht es, hunderte Millionen Euro in die Entwicklung neuer Reaktoren zu stecken, welche Atomprobleme nicht lösen, sondern sogar neue schaffen – Stichwort Proliferation. Und warum sollen Atomkraftwerke, deren Folgeschäden die Gesellschaft teuer zu stehen kommen, auch noch ökonomisch bevorzugt werden? Ohne den aus heutiger Sicht absurden Förderzweck des Euratom-Vertrages wäre das – und damit wahrscheinlich auch der Neubau von AKW – kein Thema mehr.

## Austritt oder Reform

Nicht ganz klar ist, auf welchem Weg die EU-weite Privilegierung der Atomkraft durch Euratom

am besten zu beenden ist: einseitiger Ausstieg oder Auflösung oder Reform des Vertrags? Die Europäische Union, fordert etwa eine von österreichischen Anti-Atom-Gruppen initiierte Resolution, solle sich künftig „ausschließlich um die Probleme und Gefahren kümmern, die durch die Nutzung der Atomkraft bereits entstanden sind“. Komme nicht bis 2019 eine Euratom-Auflösungskonferenz zustande, sollten atomkraftfreie sowie atomausstiegsorientierte Mitgliedsstaaten „einseitig den EURATOM-Vertrag kündigen und jegliche finanzielle Unterstützung an EURATOM einstellen“.

Letzteres dürfte nicht ganz einfach sein: Euratom wird aus dem normalen EU-Haushalt finanziert, den Etat beschließen EU-Parlament und EU-Ministerrat gemeinsam. Auch einseitige Austritte aus dem Euratom-Vertrag hätten zumindest ungeklärte Folgen: Die Organe von Euratom sind mit denen der EU verschmolzen; das müsste sich dann vermutlich ändern. Die Brüsseler Rechtsanwältin Dörte Fouquet, die im Auftrag der Grünen im Europaparlament den Euratom-Vertrag und die bisherigen Reformvorschläge dazu unter die Lupe genommen hat, hält einen Austritt auch inhaltlich nicht unbedingt für zielführend: An Euratom und seinen Regeln ändere dies nämlich nichts. Drohen allerdings gleich mehrere Länder mit einem Austritt, könnte der politische Druck für eine Reform zunehmen.

Erster Schritt zu einer Reform wäre ein entsprechender Beschluss des EU-Energieministerrats; dazu braucht es neben einem Antrag auch Verbündete. Es wäre eine Aufgabe, der sich auch die Bundesregierung durchaus widmen könnte.

Armin Simon



Foto: Steve Collis

Das 102 Meter hohe Atomium, für die Expo 1958 errichtetes Symbol des Atomzeitalters, ist in der EU-Hauptstadt Brüssel nicht zu übersehen

# Das Atom-Relikt

## Hintergrund | Fragen und Antworten zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Förderung der Atomkraft durch die EU

Diese Fragen und Antworten zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Förderung der Atomkraft durch die EU gibt's auch als kostenlose Hintergrund-Info zum Auslegen und Verteilen – Bestellung auf [ausgestrahlt.de/shop](http://ausgestrahlt.de/shop)



### Was ist die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom)?

Ein vertraglicher Zusammenschluss von Staaten auf dem Gebiet der Atomenergie. Gegründet 1957 mit den Verträgen von Rom ist Euratom heute eine parallel zur Europäischen Union (EU) bestehende internationale Organisation, deren Organe allerdings mit denen der EU identisch sind. Alle EU-Mitglieder mussten deshalb bisher auch Euratom-Mitglied werden – unabhängig davon, ob sie überhaupt Atomkraftwerke betreiben oder betreiben wollen.

ist die Mehrzahl der verbleibenden 27 EU-Mitgliedsländer AKW-frei.

### Was regelt der Euratom-Vertrag von 1957?

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie und die Förderung derselben. Konkret geht es etwa um Forschungsförderung, Wissens- und Informationsaustausch, Strahlen- und Gesundheitsschutz, Investitionen, Versorgung mit Atom-Rohstoffen sowie um Sicherheitsvorschriften.

### Wie viele der EU-Mitglieder setzen noch auf Atomkraft?

Von den derzeit 28 EU-Mitgliedern betreiben 14 Staaten Atomkraftwerke: Frankreich (57 Reaktoren), Großbritannien (15), Deutschland (7), Belgien (7), Schweden (8), Spanien (7), Tschechien (6), Finnland (4), Slowakei (4), Ungarn (4), Bulgarien (2), Rumänien (2), Niederlande (1), Slowenien (1) – insgesamt 125 Reaktoren. Verlässt Großbritannien die EU,

### Wie oft ist der Euratom-Vertrag schon inhaltlich aktualisiert worden?

Noch nie.

### Wer bestimmt, was Euratom macht?

Die Europäische Kommission (Kommissar für Energie/Generaldirektion Energie), das Europäische Parlament (Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie) sowie der EU-Ministerrat (Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie; von deutscher Seite das

Wirtschaftsministerium). Bei Rechtsstreitigkeiten sind die EU-Gerichte zuständig.

#### **Wer finanziert Euratom?**

Die Euratom-Rahmenprogramme werden aus dem allgemeinen EU-Haushalt finanziert, also von allen EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam entsprechend ihres Beitrags zum EU-Haushalt. Deutschland trägt somit gut 21 Prozent der Kosten. Das EU-Parlament teilt sich das Budgetrecht mit dem EU-Ministerrat, in welchem die EU-Finanzminister sitzen. Es kann daher nur begrenzt Einfluss auf den Euratom-Etat und dessen einzelne Positionen nehmen. Für den Zeitraum 2014–2018 stehen Euratom 1,6 Milliarden Euro für Forschung und Ausbildung zur Verfügung. Für 2019/2020 sind weitere 770 Millionen Euro vorgesehen. Hinzu kommen 2,9 Milliarden Euro (2014–2020) für das Fusionsforschungsprojekt ITER sowie etwa 25 Millionen Euro Verwaltungsausgaben pro Jahr. Für den Zeitraum 2021–2027 hat die EU-Kommission ein Budget von 2,4 Milliarden Euro für Forschungs- und Ausbildungsvorhaben von Euratom vorgeschlagen.

#### **Fördert Euratom den Bau von Atomkraftwerken?**

Nicht direkt, aber indirekt. Erstens über viele atomkraftfreundliche Regelungen etwa bei der (nur minimalen) Haftung für Atomunfälle. Zweitens, weil die im Euratom-Vertrag festgeschriebene Förderung der Atomenergie es den Mitgliedsstaaten erlaubt, Bau und Betrieb von AKW mit wettbewerbswidrigen – und deshalb in der EU normalerweise verbotenen – Regelungen zu unterstützen. Dies ist etwa beim geplanten AKW Hinkley Point C in Großbritannien sowie bei der geplanten Erweiterung des AKW Paks um zwei neue Reaktoren der Fall.

#### **Was hat Euratom mit dem geplanten AKW Hinkley Point C zu tun?**

Der geplante Reaktor ist so teuer, dass er sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen niemals rechnen würde. Die britische Regierung sagte dem Betreiber deshalb für 35 Jahre einen exorbitanten Einspeisetarif für den Atomstrom und andere Vorzugsregeln zu. Gegen diese Wettbewerbsverzerrung zogen Ökostromversorger und das Land Österreich vor Gericht. Der Europäische Gerichtshof wies die Klage Mitte 2018 in erster Instanz mit der Begründung ab, dass der Euratom-Vertrag die Förderung der Atomkraft explizit erlaube.

Österreich hat dagegen Berufung eingelegt, das Urteil ist deshalb noch nicht rechtskräftig.

#### **Fördert Euratom auch die Entwicklung neuer Reaktoren der sogenannten „Generation IV“?**

Ja. Euratom ist Mitglied des „Generation IV International Forum“ und forscht etwa im Institut für Transurane in Karlsruhe, einer Gemeinsamen Forschungsstelle („Joint Research Center“, JRC) der Europäischen Kommission, zu Flüssigsalzreaktoren und den darin nötigen Wiederaufarbeitungstechniken. Allein für die Atomforschungen und Arbeiten des JRC stehen Euratom im Zeitraum 2014–2018 rund 560 Millionen Euro zur Verfügung.

#### **Was ist mit dem Fusionsreaktorprojekt ITER?**

Euratom fördert die Fusionsforschung allgemein mit dreistelligen Millionenbeträgen. Die Euratom-Beiträge für das Fusionsreaktor-experiment ITER, das im südfranzösischen Cadarache in Bau ist, sind seit 2014 aus dem Euratom-Rahmenprogramm ausgeklammert. Die 2,9 Milliarden Euro (2014–2020) werden als eigener Haushaltsposten geführt, sind inhaltlich aber nach wie vor Euratom zuzurechnen. ITER wird nach letzten Schätzungen mehr als 20 Milliarden Euro kosten; Strom wird das Experiment niemals erzeugen.

#### **Wer macht sich bisher für eine Reform von Euratom stark?**

Umweltverbände, Anti-Atom-Organisationen und Ökostromanbieter aus mehreren europäischen Ländern, die Grünen und die Linken im Bundestag und im Europaparlament, außerdem die „Allianz der Regionen für einen schrittweisen europaweiten Atomausstieg“, zu der sich bisher 15 Regionen aus Deutschland, Österreich und Belgien zusammengeschlossen haben. Die Umweltminister\*innen von Deutschland, Österreich und Luxemburg haben zumindest angekündigt, weitere Länder für eine Euratom-Reform gewinnen zu wollen.

#### **Wie steht Deutschland zu Euratom?**

Bei der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon, der die EU reformierte, hielten Deutschland, Irland, Österreich, Schweden und Ungarn 2007 in einer Protokollerklärung fest, dass die „zentralen Bestimmungen“ des Euratom-Vertrages „aktualisiert werden müssen“ und plädierten dafür, „so rasch wie möglich“ eine Reformkonferenz einzuberufen.

Im Koalitionsvertrag von 2017 sprach sich die große Koalition gegen eine EU-Förderung für neue AKW aus und vereinbarte auf Initiative der SPD, sich „dafür ein(zu)setzen, dass die Zielbestimmungen des EURATOM-Vertrages hinsichtlich der Nutzung der Atomenergie an die Herausforderungen der Zukunft angepasst werden“. Das CDU-geführte Wirtschaftsministerium, das für Euratom zuständig ist, sieht allerdings bisher „keinen Handlungsbedarf“.

#### **Wer kann den Euratom-Vertrag ändern?**

Einen Antrag, den Vertrag zu ändern, kann jeder Euratom-Mitgliedsstaat, die Europäische Kommission oder das Europäische Parlament stellen. Stimmt der EU-Energieministerrat dem mehrheitlich zu, kommt ein entsprechendes Verfahren in Gang. Am Ende müssen die Regierungen aller Euratom-Mitgliedsstaaten der Vertragsänderung zustimmen.

#### **Wie sähe ein solches Reform-Verfahren aus?**

Der Präsident des Europäischen Rats, derzeit Donald Tusk, würde nach einem entsprechenden Vorschlag der EU-Energieminister und nach Anhörung von Europäischer Kommission und Europäischem Parlament einen Reform-Konvent einberufen, der unter Beteiligung der nationalen Parlamente und Regierungen sowie des Europaparlaments und der Europäischen Kommission eine Reformempfehlung aushandeln könnte. Die Regierungen aller Mitgliedsstaaten müssten dieser bei einer anschließenden Regierungskonferenz zustimmen.

#### **Was kann die Bundesregierung dafür tun?**

Sie könnte unter den Euratom-Mitgliedsstaaten für eine Reform werben und dann einen Reformantrag im EU-Energieministerrat einbringen.

#### **Enthält der Euratom-Vertrag nur Mist?**

Nein. Es gibt etliche Regelungen, etwa zur Überwachung von Atomanlagen oder dem Strahlen- und Gesundheitsschutz, die nicht einfach ersatzlos über Bord geworfen werden sollten.

#### **Gibt es schon Vorschläge**

##### **für eine Reform des Vertrages?**

Ja. Im Zuge der Verhandlungen über eine EU-Verfassung sind dazu vor Jahren schon konkrete Vorschläge erarbeitet worden. Änderungsbedarf und -vorschläge listet auch ein im Auftrag der Grünen im Europäischen Parlament erstelltes aktuelles Rechtsgutachten „Pathways to a Euratom Reform“ auf. →

### Wie realistisch ist es, eine einstimmige Position innerhalb der EU für eine Reform zu erreichen?

Einfach ist das nicht. Aber eine solche Konsensfindung ist letztlich auch bei allen anderen EU-Verträgen gelungen. Selbst Länder, die bisher noch auf Atomkraft setzen, haben unter Umständen ein Interesse daran, bestimmte Fragen oder Probleme im Zuge einer solchen Reform und/oder im Rahmen eines Deals zu lösen.

### Ist ein Austritt aus Euratom möglich?

Ja – ein Austritt aus der EU, wie ihn Großbritannien anstrebt, bedeutet automatisch auch einen Austritt aus Euratom. Unter Verweis auf einen Passus im Vertrag von Lissabon argumentieren Rechtsgutachten, dass auch ein alleiniger Austritt aus Euratom möglich ist. Die Europäische Kommission ist da allerdings anderer Ansicht. Im Zweifel müsste wohl der Europäische Gerichtshof die Frage klären. Offen ist auch, was es praktisch bedeuten würde, wenn EU- und Euratom-Mitgliedsstaaten nicht mehr identisch sind, ihre Organe aber weiterhin doch.



Foto: EDF

Vorbereitende Baumaßnahmen beim AKW Hinkely Point C – nach offiziellen Kriterien ist es noch immer nicht in Bau

### Welche atompolitischen Folgen hätte ein Austritt aus Euratom?

Ein Austritt einzelner Länder aus Euratom würde die atomfreundlichen Regelungen des Euratom-Vertrags weder ändern noch außer Kraft setzen. Da Euratom aus dem gemeinsamen EU-Haushalt finanziert wird, würde auch der Euratom-Etat nicht automatisch schrumpfen. Ein Austritt mehrerer Länder wäre aber ein politisches Signal, die Drohung damit könnte unter Umständen den politischen Druck für eine Reform des Euratom-Vertrags verstärken.

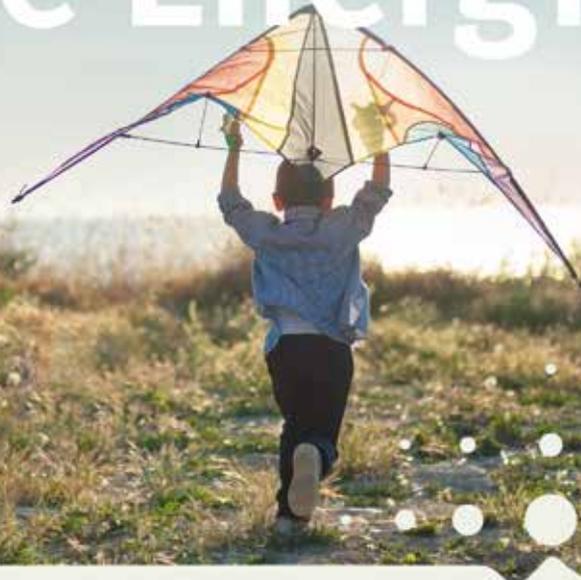
### Was fordert .ausgestrahlt?

- Atomkraftwerke abschalten, AKW-Neubauten verhindern – in ganz Europa!
- Euratom-Vertrag reformieren: Keine Förderung der Atomkraft mehr!
- Kein EU-Geld für die Entwicklung neuer Reaktoren!
- Europaweit volle Haftpflicht für AKW und strenge Strahlenschutzregeln!

[ausgestrahlt.de/euratom](http://ausgestrahlt.de/euratom)

Anzeige

# Saubere Energie



25 €  
je Wechsel  
für Gas

+

25 €  
je Wechsel  
für Strom

Jetzt wechseln und 25 € Startguthaben je Strom- bzw. Gaszähler erhalten: [www.naturstrom.de/ausgestrahlt](http://www.naturstrom.de/ausgestrahlt)



- Ökostrom aus deutscher Wasser- und Windkraft, empfohlen von BUND und NABU
- Biogas aus Rest- und Abfallstoffen
- unabhängig von Kohle-, Öl- und Atomindustrie
- Bau und Förderung neuer Öko-Kraftwerke
- fairer Preis, keine Mindestvertragslaufzeit, einfacher Wechsel, ausgezeichnete Kundenservice



**naturstrom**  
ENERGIE MIT ZUKUNFT

# Atomkraft in Österreich

**Hintergrund** | 40 Jahre Volksentscheid gegen das AKW  
Zwentendorf: Von einem der letzten zum ersten  
Industrieland ohne AKW



**M**itte der 1950er Jahre herrschte eine richtige „Atomeuphorie“. Jedes Land, das etwas auf sich hielt, baute Kernforschungszentren und begann Atomkraftprojekte. 1956 wurde die Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie gegründet und 1960 der erste Forschungsreaktor in Seibersdorf errichtet. 1971 begann der Bau des ersten AKWs, in Zwentendorf an der Donau, 50 Kilometer vor Wien.

## Drei Atomkraftwerke waren geplant

Die frühen Kritiker\*innen, meist alte Herren, wie etwa ein pensionierter Energiewirtschaftler, schmähte man als Fortschrittsfeinde und verglich sie mit jenen, die einst gegen die Eisenbahn protestiert hatten. Doch mit weiteren AKW-Projekten – geplant waren damals insgesamt drei Meiler – entstanden zahlreiche Bürgerinitiativen und Verbände, die basisdemokratisch organisiert waren, wie die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) oder die Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke (WOGA). Früh und intensiv entwickelte sich der Widerstand in Vorarlberg, wo man sich auch gegen das geplante grenznahe Schweizer AKW Rütli engagierte. Im Waldviertel, wo Atomtüll-Lager geplant waren, gab es massiven Widerstand in der Bevölkerung.

1975 war der Baubeginn für das AKW Stein/St. Pantaleon bei Linz geplant und es entstand eine starke Gegenbewegung. Der Baubeginn wurde nicht zuletzt deshalb auf unbestimmte Zeit verschoben und der Widerstand fokussierte sich auf das in Bau befindliche AKW Zwentendorf.

1976 begann die Regierung eine Informationskampagne Kernenergie, die insofern vorbildlich war, als auch Kritiker\*innen einbezogen wurden. Es gab insgesamt zehn Themenbereiche, die kontrovers behandelt wurden. Die „Zusammenfassung“ der Ergebnisse, als Grundlage der parlamentarischen Entscheidung, war allerdings eine reine Propagandaschrift.

## Vom Volksentscheid zum politischen Anti-Atom-Konsens

Nach vielen Diskussionen, Kundgebungen und großen Demonstrationen sowie Forderungen nach einer Volksabstimmung geriet die Regierung unter Druck und kündigte eine Volksabstimmung an – wobei sie davon ausging, eine klare Zustimmung zu ihren Atomplänen zu erhalten. Doch zur Überraschung vieler erteilten die Österreicher\*innen in der Volksabstimmung am 5. November 1978 der Atomkraft trotz millionenschwerer Propaganda und Meinungsmache eine Absage. Bei einer Wahlbeteiligung von 64 % stimmten 49,53 % mit Ja, 50,47 % mit Nein. Weniger als 30.000 Stimmen brachten die Entscheidung. Das bereits fertig gestellte Atomkraftwerk ging daraufhin nie in Betrieb.

Am 15. Dezember 1978 verabschiedete das Parlament einstimmig das Atomsperrgesetz, das Bau und Inbetriebnahme von AKW in Österreich verbietet. So wurde Österreich von einem der letzten Industrieländer ohne Atomenergie zum ersten Industrieland ohne Atomkraft. Wenige Monate später kam es zum Reaktorunfall im AKW Three Mile Island in den USA.

Aus dem knappen Sieg bei der Volksabstimmung sind wesentliche Lehren zu ziehen: Auch wenn die Erfolgchancen gering erscheinen, ist es wichtig, sich zu engagieren. Jeder Beitrag war entscheidend. Tausende Aktivistinnen und Aktivisten konnten zu Recht behaupten: Ohne meine Beiträge wäre der Erfolg nicht möglich gewesen!

Da Bundeskanzler Bruno Kreisky stark für ein „Ja“ geworben hatte und so manche/r Befürworter\*in deshalb mit „Nein“ gestimmt hat, meinen manche, dass ohne Kreiskys Einsatz die Volksabstimmung mit „Ja“ ausgefallen wäre. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Wenn Kreisky sich nicht vehement für die Inbetriebnahme eingesetzt hätte, wären die meisten SPÖ-Stammwähler\*innen zu Hause geblieben und das Ergebnis wäre ein noch klareres „Nein“ geworden.

Nach der Katastrophe von Tschernobyl wurde die Ablehnung der Atomenergie in Österreich politischer Konsens, 1999 bekam das Atomsperrgesetz Verfassungsrang. Heute tritt die österreichische Regierung bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und bei der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) bisweilen gegen Atomkraft auf, aus der Sicht der Anti-AKW-Bewegung allerdings zu hasenherzig. Die von der Anti-AKW-Bewegung seit Mitte der 1970er Jahre propagierte Energiewende ist bisher weitgehend hintertrieben worden. Bis zum Jahr 2000 war Österreich Netto-Stromexporteur. Seither ist der Stromverbrauch deutlich gestiegen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien deckt das nur etwa zur Hälfte ab. Den Restbedarf füllen Importe – und die sind nicht zwingend atomstromfrei. *Peter Weish*

# Gefährliches Wasser

**Hintergrund | Zum wiederholten Mal fallen im AKW Neckarwestheim-2 Schäden an den Heizrohren der Dampferzeuger auf. Ein Leck dort, warnt ein ehemaliger AKW-Betriebsleiter, könnte unter Umständen eine nicht mehr beherrschbare Kettenreaktion im Reaktor nach sich ziehen**



Foto: privat

## Helmut J. L. Mayer

**Diplom-Ingenieur Helmut J. L. Mayer**, 69, war 1975 als Jungingenieur bei der Inbetriebnahme des AKW Biblis B dabei, nahm den ersten AKW-Simulator in Deutschland mit in Betrieb, arbeitete an Störfallanalysen, schulte AKW-Personal und war Teil der Betriebsmannschaft des Reaktors, zuletzt als Betriebsleiter. Als von der Bundesregierung benannter Sachverständiger schrieb er bei der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) an Richtlinien zur Störfallbehandlung mit. 1990 verließ er RWE und wurde Leiter eines Industriekraftwerks. Mayer war Dozent an der Schule für Kerntechnik in Karlsruhe und lehrt heute Kraftwerkstechnik an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Mannheim. Sein Roman „Der Störfall“ erschien 2012.



Im .ausgestraht-Shop  
Seite 22

**I**m AKW Neckarwestheim-2 sind zum wiederholten Mal Schäden an Dampferzeuger-Heizrohren entdeckt worden. Messungen hätten mehr als 100 Rohre mit „rissartigen Wanddickenschwächungen“ identifiziert, mutmaßlich aufgrund von Spannungsrisskorrosion, teilte das baden-württembergische Umweltministerium mit. Die Risse ziehen sich quer um die Rohre, die normalerweise 1,2 Millimeter starken Wände sind stellenweise nur noch 0,1 Millimeter dick. Ähnliche Schäden, allerdings nur „punktförmige“, waren schon vor einem Jahr entdeckt worden. Diese haben sich inzwischen teilweise vergrößert. Das Ministerium geht von „Lochkorrosion“ aus. Noch vor einem Jahr hatte es diese aus chemisch-physikalischen Gründen für ausgeschlossen erklärt; Gutachter diagnostizierten stattdessen „Verschmutzungen“ im Wasser-Dampf-Kreislauf als Ursache, EnBW ergriff angeblich Gegenmaßnahmen. Zwei der vier Dampferzeuger waren damals gar nicht, ein weiterer nur stichprobenweise untersucht worden. Dennoch durfte der Reaktor wieder ans Netz.

Diesmal will das Ministerium auf weiterer Ursachenanalyse und einem Integritätsnachweis der Rohre bestehen. Eine Wiederinbetriebnahme werde erst genehmigt, „wenn nach Stand von Wissenschaft und Technik eine Heizrohrleckage ausgeschlossen werden kann“. EnBW müsse zudem für die Revision 2019 „umfangreiche Messungen und Heizrohrprüfungen“ zusagen.

Die Dampferzeuger-Heizrohre stellen die einzige Barriere zwischen dem radioaktiven Reaktorkühlwasser und dem nicht-radioaktiven Wasser-Dampf-Kreislauf dar. Bei einem Leck oder gar einem Abriss eines Heizrohrs könnte nicht nur Radioaktivität austreten, sondern unter Umständen auch der ganze Reaktor unkontrollierbar werden, warnen Experten.

**Herr Mayer, Sie haben vor Jahren als erster vor einem schweren Störfall infolge eines Dampferzeuger-Heizrohr-Lecks (DEHL) gewarnt. Ist so ein Leck ein eher häufiger oder eher seltener Störfall?**

So selten ist das sicher nicht. Vier Dampferzeuger mit jeweils ca. 4.000 Heizrohren, jedes im Schnitt etwa 13 Meter lang, das macht 200 Kilometer Rohre, Wandstärke 1,3 Millimeter, alle einzeln angeschweißt. Die müssen teilweise Druckunterschiede von 80 bar und Temperaturschwankungen von mehreren Hundert Grad aushalten. Das ist eine erhebliche Beanspruchung. Und weil sie innerhalb der Systeme sitzen, sind sie zudem recht schwer zu überwachen.

**Es gibt aber zumindest Messungen bei den jährlichen Revisionen – so wie jetzt im AKW Neckarwestheim-2.**

Rohre, die über ein bestimmtes Maß hinaus beschädigt sind, werden dann verstopft. Trotzdem kann es passieren, dass durch Korrosion, Erosion und Spannungsrisskorrosion mal ein Heizrohr bricht. Auch in Biblis hatten wir eine Heizrohrleckage. Und mit zunehmender Alterung, die ja ein riesiges Problem der alternden Kraftwerke ist, lassen sich solche Lecks erst recht nicht absolut sicher vermeiden.

**Ein Heizrohrleck an sich gilt als beherrschbar.**

Das ist richtig. Gleichwohl gibt es eine relativ große Wahrscheinlichkeit, dass zusätzlich die Hauptkühlmittelpumpen ausfallen. Auch das habe ich bei einem vergleichbaren Fall erlebt. Das hängt mit den Druckverhältnissen zusammen. Bei einem DEHL kommt es zwangsläufig zu Rückströmungen, wobei Wasser aus dem Sekundärkreis in den Primärkreis eindringt. Bei ausgefallenen Pumpen wird sich dieses Wasser zuerst massiv ansammeln – und später wird es in den Reaktorkern gespült. Eine Absperrmöglichkeit gibt es in diesem Bereich nicht.

**Warum ist das gefährlich?**

Das Wasser aus dem Sekundärkreislauf enthält, anders als das im Primärkreislauf, kein Bor. Wenn eine größere Menge davon nicht oder nur gering durchmischt in die Zone mit den Brennstäben eindringt, steigt die Reaktivität des Reaktors stark an.



Ein dickes Bündel Heizrohre, u-förmig gebogen – das Innere eines Dampferzeugers, hier ein älteres US-Modell. Ein Austausch dieser Mega-Wasserkocher ist extrem aufwändig und teuer

### **Die Kettenreaktion kommt wieder in Fahrt?**

Genau das kann bisher nicht ausgeschlossen werden. Und weil die Abschaltstäbe schon komplett in den Kern eingefahren sind, können sie die Kettenreaktion nicht noch mehr bremsen – ein nicht zu beherrschender Störfall kann sich entwickeln.

**Die Reaktorsicherheitskommission behauptet: Das passiert nicht. Weil die Menge an borfreiem Wasser, die in den Reaktorkreislauf eindringen könne, dafür nicht ausreicht und sich dieses zudem mit dem borhaltigen Wasser vermische, bevor es den Reaktorkern erreiche.**

Ich bezweifle Berechnungen eigentlich nie, die Mathematik kann man nicht verbiegen. Aber man kann bestimmte Annahmen machen und so doch ein Ergebnis bekommen, das man sich wünscht. Genau das ist meiner Meinung nach hier passiert. Der entscheidenden Berechnung ist eine Annahme unterstellt worden, die total widersinnig ist und mit der Praxis gar nichts zu tun hat.

### **Nämlich?**

Es wurde unterstellt, dass das Volumenregelsystem des Reaktors während des Störfalls nicht verfügbar ist. Das ist einfach unsinnig. Nach meinen Kenntnissen ist dieses System noch nie ausgefallen. Und es wird auch dringend benötigt zur Störfallbeherrschung.

**Angenommen, dieses System funktioniert, wie es soll: Was ist dann das Problem?**

In einem Reaktor wird immer ein Teil des Wassers aus dem Primärkreislauf entnommen, gereinigt, richtig boriiert und dann wieder eingespeist. Das Volumenregelsystem sorgt

dabei dafür, dass der Wasserstand im Reaktorkreislauf gleich bleibt. Dringt nun über das Leck im Dampferzeuger borfreies Wasser aus dem Sekundärkreislauf zusätzlich in den Reaktor ein, wird das Volumenregelsystem entsprechend mehr boriiertes Wasser ausspeisen. Unterm Strich kann so deutlich mehr borfreies Wasser in den Reaktor gelangen als in der Untersuchung unterstellt. Das ist der entscheidende Fehler der Berechnung.

**Das Umweltministerium behauptet, man habe sicherheitshalber unterstellt, dass sich die gesamte Leitung vom Dampferzeuger bis zum Reaktor mit borfreiem Wasser fülle, sei also vom schlimmstmöglichen Fall ausgegangen.**

Das ist nicht zutreffend. Man hat eben nicht das gesamte Volumen vom Dampferzeuger bis zum Reaktordruckbehälter unterstellt. Eine solche Analyse habe ich jedenfalls nie zu Gesicht bekommen.

**Aus Ihrer Sicht ist das Problem noch immer nicht geklärt?**

Nein, ist es nicht. Zumal das Ergebnis der Untersuchung trotz der fehlerhaften Abschätzung schon in der Nähe des kritischen Bereichs liegt. Wie wird es dann erst bei ungünstigeren Nebenbedingungen sein? Das ist nicht geklärt! Das darf man im Atombereich nicht zulassen.

**Sie haben selbst jahrelang in einem AKW gearbeitet, am Ende als Betriebsleiter. Wann ist Ihnen aufgefallen, dass es Störfallzenarien gibt, die keiner auf dem Schirm hatte?**

(lacht) Das ist fast ein bisschen peinlich. Ich habe aus Lust am Schreiben einen Roman geschrieben. Und weil ein DEHL der komplizierteste der Kühlmittelverluststörfälle ist, habe ich den gewählt, um das Verhalten von Menschen in Störfallsituationen zu beschreiben.

**Den unter bestimmten Umständen möglichen ganz großen Knall hatten Sie zunächst gar nicht auf dem Schirm?**

Nein. Erst während des Schreibens habe ich erkannt, dass das tatsächlich richtig kritisch werden könnte. Dann gab es in Fukushima diese Explosionen – Knallgasexplosionen, wie

es hieß. Eine war aber dabei, bei der amerikanische Wissenschaftler gezweifelt haben, ob das nicht in Wahrheit eine nukleare Explosion gewesen sein könnte, ausgelöst durch das Einspeisen von nicht-boriiertem Wasser, in diesem Fall in ein Brennelemente-Lagerbecken. Da kam mir die Idee, dass das möglicherweise auch ein Problem bei einem DEHL sein könnte. Die Ernsthaftigkeit ist mir also eigentlich erst im Nachhinein zu Fukushima bewusst geworden.

**Im Vorspann Ihres Buches schreiben Sie, es handele sich um eine fiktive Geschichte.**

Die Menschen und ihre Geschichte schon. Das beschriebene Störfallszenario aber ist realistisch, sogar, wie ich es jetzt sehe, sehr, sehr nah an der möglichen Realität.

**Betrifft das nur die Reaktoren in Deutschland?**

Nein, das gilt international, für alle Druckwasserreaktoren. Haben sie nur drei statt vier Kühlstränge, ist es sogar nochmal gefährlicher.

**Halten Sie eine Vorsorge für denkbar?**

Es wäre in jedem Fall ein erheblicher Aufwand. Oder es könnte die Betriebsgenehmigung der AKW auf dem Spiel stehen.

**Sie haben jahrelang Kerntechniker am Simulator geschult, Störfallhandbücher geschrieben, in internationalen Gremien mitgearbeitet. Wie erklären Sie sich, dass Sie als Praktiker und „Entdecker“ dieses Störfallszenarios nie mit einbezogen wurden in die Untersuchungen?**

Ich vermute, dass man recht frühzeitig erkannt hat, was es bedeuten würde, wenn man tatsächlich Konsequenzen ziehen müsste – und dass man deswegen lieber in den bekannten Kreisen geblieben ist. Ich kann das nicht anders interpretieren. Meinen Gllauben an die nuklearen Überwachungsorgane in Deutschland hat das jedenfalls erheblich beeinträchtigt.

**Was bedeutet die vorliegende Stellungnahme der Reaktorsicherheitskommission zu dem Thema?**

Die ihr zugrundeliegende unselige und unsinnige Abschätzung schafft eine formale Rückzugsmöglichkeit für Betreiber und Behörden. Ich kann dem allerdings nicht zustimmen.

Interview: Armin Simon



Foto: Amnet Melzer / PubliXviewing

Selbstorganisierte Öffentlichkeitsbeteiligung: Castor-Blockade im Wendland

# Beteiligt werden oder beteiligt sein?

## Dieter Kostka

Dr. Dieter Kostka ist Diplom-Verwaltungswissenschaftler und Mediator, hauptberuflich als behördeninterner Konfliktvermittler tätig und derzeit ehrenamtlicher Vorsitzender des bundesweiten Fördervereins Mediation im öffentlichen Bereich (FMöB) e.V. Der Text stellt ausschließlich seine persönlichen Einschätzungen und Schlussfolgerungen dar.

**Analyse** | Demnächst publiziert .ausgestrahlt eine umfassende Analyse von Dr. Dieter Kostka zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Standortsuche für ein langfristiges Atommüll-Lager. Daraus veröffentlichen wir hier als Vorabdruck ein stark gekürztes Kapitel zum Begriff der „Beteiligung“

„Öffentlichkeitsbeteiligung“ – das klingt vielversprechend und ist ein überwiegend positiv besetzter Begriff, der Hoffnungen auf Respekt und Mitsprache weckt. Bei näherer Betrachtung stellt man allerdings fest, dass damit eine ganze Reihe durchaus verschiedener Dinge gemeint sein können – und auch gemeint werden. Solche Missverständnisse können Illusionen erzeugen und dann, wenn diese zerplatzen, ihrerseits zu einer eigenen Konfliktquelle werden. Hier wird deshalb beleuchtet, mit welchen Haltungen und Erwartungen der Begriff „Beteiligung“ bzw. „beteiligen“ verbunden sein kann.

### Beteiligen

„Beteiligen“ hat ein Subjekt und ein Objekt: Da beteiligt jemand irgendwen anderen an etwas – und dieser jemand ist in der Gesetzessprache

die zuständige Behörde. Dahinter verbirgt sich ganz unscheinbar ein politisches Verständnis mit weitreichenden Folgen: Es überlegen nicht einfach interessierte und betroffene Menschen auf verschiedenen Seiten, wen man in die Lösung eines Problems einbeziehen sollte und wie, sondern handelndes Subjekt der Beteiligung ist allein eine Behörde, die vom Gesetz her zuständig ist. Bei der Standortauswahl für ein Atommüll-Lager ist das das neu gegründete Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE).

Die zuständigen Menschen in der Behörde müssen sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben nun überlegen, wen sie wann zwecks „Beteiligung“ wie kontaktieren und mit welchem Angebot, und anschließend müssen sie die auf diese Weise erhaltenen Reaktionen irgendwie verarbeiten. Rechtlich geht es letztlich

nicht darum, die Menschen, die beteiligt wurden, zu verstehen, oder gar darum, Bedenken auszuräumen bzw. Wünsche zu erfüllen, die im Rahmen der Beteiligung an die zuständige Behörde herangetragen werden. Es geht nur darum, denjenigen, die man vermutlich beteiligen muss, Gelegenheit gegeben zu haben, sich zu äußern, und diese Äußerungen im weiteren Verfahren zu „berücksichtigen“. „Berücksichtigen“ bedeutet dabei allerdings nur, sie in irgendeiner Weise zu verarbeiten, das heißt, sie nicht unbesehen völlig zu ignorieren. Sie bewusst zu verwerfen, reicht indes vollkommen aus, um der Berücksichtigungspflicht Genüge zu tun.

Nach traditioneller Verwaltungsauffassung ist die zuständige Behörde auch als einzige berechtigt (und verpflichtet), andere zu beteiligen. Forderungen nach Beteiligung von anderer Seite hören die Behörden aus dieser Haltung heraus tendenziell nicht gerne und weisen sie unter Umständen barsch zurück, weil sie sie als unzulässige Einmischung in ihre Befugnisse empfinden.

### **Beteiligt werden**

Das ist die Kehrseite des eben geschilderten Beteiligens: Ich werde beteiligt, das heißt, ich werde von irgendwem – in der Regel von einer öffentlichen Stelle – eingeladen oder aufgefordert, mich zu einer Angelegenheit zu äußern. Wenn das in unangemessenem Ton geschieht, kann das auch befremden, normalerweise wird ein solches Beteiligt-Werden aber als freundlicher Akt der Anerkennung empfunden: Da interessiert sich anscheinend jemand, der etwas zu sagen hat, für meine Meinung, meine Erfahrungen oder meine Anliegen. Man möchte mich anhören! Damit verbunden ist normalerweise ausdrücklich oder unterschwellig die Hoffnung, dass meine Beteiligung den weiteren Verlauf und auch das Ergebnis des Verfahrens in meine Richtung beeinflusst – was aber keineswegs der Fall sein muss. Und wird die Hoffnung enttäuscht, kehrt sie sich schnell in Verdruss um.

Ulrike Donat weist pointiert darauf hin, dass „anhören“ etwas anderes ist als „zuhören“. Angehört zu werden heißt nicht, dass man gehört wird oder gar *erhört*. In Beteiligungsverfahren wird über weite Strecken nicht *zugehört*, sondern die geäußerten Meinungen der Beteiligten

werden nur gesammelt, gesichtet und nach bestimmten Rastern ausgewertet; sie werden allenfalls zu Spiegelstrichen in Tabellen. Die dahinter stehenden Bürger\*innen interessieren erst einmal nicht, jedenfalls nicht persönlich. Das alles reicht unterdessen, um bei hartnäckigeren oder tiefergehenden Beiträgen im Beteiligungsverfahren den jeweiligen Beteiligten sagen zu können: „Was wollt ihr denn noch? Wir haben euch doch schon beteiligt!“ Außenstehenden dann noch zu verdeutlichen, dass einem die Art, wie man beteiligt wurde, aber nicht ausreicht, weil man eben nur *angehört*, aber nicht *gehört* wurde, fällt sehr schwer; da entsteht leicht der Eindruck der Bürgerin oder des Bürgers als quengeligen Nimmersatt, die oder der sich mal nicht mehr so anstellen sollte. Und das entwertet in der öffentlichen Debatte dann auch die besten Argumente – für den Vorhabenträger, der sein Projekt durchbringen möchte, recht vorteilhaft, für die Projektkritiker\*innen ein Ansehensverlust! Als Trotzreaktion kann es dann wiederum zu erneutem Widerstand kommen gemäß dem Merksatz des Kommunikationspsychologen Friedeman Schulz-von Thun: „Wer sich nicht erhört fühlt, benimmt sich *un-erhört*!“

### **Sich beteiligen**

Sich zu beteiligen im Wortsinne, also ungefragt aus eigenem Antrieb heraus mit einem inhaltlichen Mitwirkungsanspruch, mag selbstverständlich erscheinen und in Zeiten von zunehmender Politikverdrossenheit sogar grundsätzlich begrüßt werden, ist in Beteiligungsverfahren aber nur zulässig, wenn das ausdrücklich in irgendeiner Rechtsnorm „vorgesehen“ ist. Das bedeutet zwar nicht, dass man sich nicht ohne Aufforderung äußern darf und nicht angehört wird – normalerweise lassen Behörden das bis zu einem gewissen, unverfänglichen Grad zu, und wenn sie einigermassen bürger\*innenfreundlich sind, reagieren sie auch darauf –, es bleibt dann jedoch völlig unverbindlich und kann von den Behörden jederzeit ignoriert oder ganz verwehrt werden. Einen Anspruch darauf, sich zu beteiligen, hat man nur, wenn der rechtlich verbrieft ist oder einem von der Behördenleitung aus politischen Gründen heraus ausnahmsweise zugestanden wird. In gewisser Weise *wird* man dann wieder beteiligt – siehe das vorangegangene Kapitel.

Versucht man dennoch, sich zu beteiligen, obwohl man keinen Rechtsanspruch darauf hat und die Behörden das nicht wollen, befindet man sich bereits in einer Machtprobe. Man bekommt Beteiligung entweder gewährt (rechtlich festgelegt oder politisch angeboten) oder muss sie sich erkämpfen.

### **Beteiligt sein**

„Beteiligt sein“ ist ein Zustand, und für viele Bürger\*innen ein wünschenswerter. Damit verbunden wird idealerweise nicht bloß, dass man irgendwo seine Meinung mitteilen darf, sondern dass man zu den Kreisen, die sich um ein Thema kümmern, als Person dazu gehört, Respekt genießt und auf Resonanz stößt. Dass man auf Augenhöhe behandelt wird und sich entsprechend einbringen kann, dass die eigene Meinung substantiell gehört und anerkannt wird, selbst dann, wenn die Mehrheit oder die Instanz, die letztlich zu entscheiden hat, sie im Ergebnis nicht teilt. Das kostet Zeit und manchmal auch Nerven auf allen Seiten. Dementsprechend kommt diese Art des Beteiligt-Seins im Beteiligungsverfahren oder auch in politischen Prozessen eher selten vor.

Wer viel und eng mit Vertreter\*innen anderer Auffassungen zusammenarbeitet, entwickelt früher oder später ein gewisses Verständnis für diese und umgekehrt. Das ist die Grundvoraussetzung für die Entstehung von Konsens und von daher sehr wertvoll – sonst bekommt man keinen –, birgt jedoch die Gefahr, sich mit der Zeit zu sehr einbinden zu lassen und dabei dann gemeinsam „abzuheben“, das heißt mehr und mehr unzugänglich für Meinungen außerhalb des engen Kreises zu werden, ohne das selbst zu merken.

Wenn dieses an sich natürliche psychologische Phänomen schließlich bewusst politisch-strategisch instrumentalisiert wird, ist man bei der berühmten „Mitmachfalle“ angelangt und spricht von „strategischer Einbindung“, bei der Beteiligung sehr wirksam dazu benutzt werden kann, noch kritischere Positionen unter Hinweis auf die gemäßigeren Positionen der in der beschriebenen Weise eingebundenen Direkt-Beteiligten zu diskreditieren. „Beteiligt sein“ ist also ein ambivalenter Zustand: Man soll dabei sein, ohne sich zu verlieren – ein schwieriges Unterfangen.

*Dr. Dieter Kostka*

# „Ohne AKW haben die Militärs ein Problem“

**Interview** | Mycle Schneider, Herausgeber des World Nuclear Industry Status Report, über militärische und andere Interessen am Neubau von AKW und die Zukunft des französischen Reaktorparcs einschließlich des AKW Fessenheim

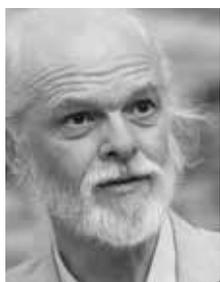


Foto: Bert Bostelmann

## Mycle Schneider

Mycle Schneider, 59, ist unabhängiger Berater für Energie- und Atompolitik und lebt bei Paris. Seit 2007 beschreibt und analysiert er mit einem internationalen Team im von ihm initiierten und herausgegebenen jährlichen **World Nuclear Industry Status Report** den Zustand der Atomindustrie weltweit. Er ist Mitglied im *International Panel on Fissile Materials (IPFM)*, einem an der amerikanischen Princeton University ansässigen Expertengremium zur Nichtweiterverbreitung waffenfähiger Materialien. Für „seine Warnungen vor den beispiellosen Gefahren durch Plutonium für die Menschheit“ wurde er 1997 mit dem Right Livelihood Award („Alternativer Nobelpreis“) ausgezeichnet.  
[worldnuclearreport.org](http://worldnuclearreport.org)

**Herr Schneider, in Ihrem neuen Statusreport der Atomindustrie weltweit widmen Sie erstmals der Verquickung zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie ein eigenes Kapitel. Warum?**

Wir stellen seit Jahren fest, dass es keine überzeugenden energiepolitischen oder marktwirtschaftlichen Gründe gibt, in neue AKW zu investieren. Selbst amortisierte Reaktoren haben zunehmend Schwierigkeiten am Markt. Warum also drängen manche Länder trotzdem noch auf Neubau und Laufzeitverlängerungen?

**Hilft das alte Argument, Atomkraft ebne den Weg zur Bombe, da weiter?**

Wir reden hier nicht über Bombenbau oder Missbrauch atomwaffenfähiger Materialien. Das ist in der Tat alles altbekannt. Und auf Atomwaffenstaaten wie Frankreich, die USA und Großbritannien trifft das sowieso längst nicht mehr zu, da gibt es mehr waffenfähiges Spaltmaterial als genug.

**Worum geht es dann?**

Um die militärische Überlappung von Infrastruktur, Kompetenz, Ausbildung et cetera, um die Leute, um Forschungseinrichtungen.

**Auch diese Erkenntnis ist nicht ganz neu.**

Aber dass das zu einem öffentlichen Beweggrund wird, das ist neu. 50 Jahre lang hat man uns erzählt, dass man sehr gut unterscheiden könne zwischen ziviler und militärischer Nutzung von Atomkraft. Plötzlich heißt es nun, man müsse die zivile Nutzung beibehalten, weil die militärische sonst nicht bezahlbar sei. Dass hohe Offizielle wie ein ehemaliger Energieminister der USA sagen: „Wir brauchen die zivile Atomindustrie wegen nationaler Sicherheitsinteressen“, das hat es bisher noch nicht gegeben.

**Deshalb haben Sie dafür auch einen neuen Begriff gesucht?**

Genau. Nicht „link“, wie die altbekannte zivil-militärische Verknüpfung, sondern „interdependencies“, gegenseitige Abhängigkeit. Das Militär bedient sich aus demselben Fundus an Ingenieuren, Fachleuten und so weiter wie die zivile Atomindustrie. Die Kompetenzen, um die es geht, Sicherheits- und Konzeptstudien, Material- und Alterungsprobleme und so weiter, das sind alles dieselben. Die Militärs wissen: Wenn die zivile Atomindustrie nicht bleibt, dann haben sie ein echtes Problem.

**Weil sie dann die ganze Ausbildung und das Fachwissen selber finanzieren müssen?**

Richtig, das geht nämlich nicht.

**Die Militärs sind also schuld daran, dass noch AKW gebaut werden?**

So wird das inzwischen manchmal dargestellt, leider. Aber die Vorstellung, es gebe nur eine einzige Erklärung dafür, die halte ich für falsch. Klar ist: Es gibt eine ganze Palette unterschiedlicher Beweggründe, aus denen einige Staaten immer noch an Atomkraft festhalten oder gar neu auf sie setzen. Nehmen wir doch mal das geplante AKW Hinkley Point C. Das ist ein Drei-Regierungs-Projekt von China, Frankreich, England. Jedes Land hat individuelle Interessen, und die kommen in diesem Atomprojekt zusammen. England hat unter anderem militärische Interessen, für China ist der Reaktor ein winziger Teil seiner billionenschweren geopolitischen „Road and Belt Initiative“.

**Und Frankreich? Selbst der Finanzdirektor von EDF war doch gegen dieses Projekt – er ist deswegen sogar zurückgetreten!**

Aber stellen wir uns einmal vor, die französische Entscheidung – EDF ist ja ein Staatskonzern –

wäre gegen Hinkley Point ausgefallen. Dann wäre von heute auf morgen klar gewesen, dass EDF nie wieder irgendwo einen ihrer Reaktoren vom Typ EPR bauen wird – wenn sie das nach so vielen Jahren nicht mal im Nachbarland hinkriegen. Und damit wäre klar geworden, dass auch die französische Atomindustrie dem Ende entgegen geht.

**Weil dann auch die angekündigten sechs neuen EPR in Frankreich selbst zur Diskussion gestanden hätten?**

Die wurden nie „angekündigt“. Man kann auch in Frankreich nicht mal so eben sechs EPR bauen! Die kriegen doch nicht mal den einen fertig, an dem sie seit über zehn Jahren herumumbauen. Übrigens hat das Papier selbst, aus dem die Zahl stammt, nie jemand gesehen, das sind bloß Wortfetzen.

**Den Berichten darüber zufolge taucht aber auch in diesem französischen Papier die militärische Argumentation auf.**

Dabei war es eine Studie im Auftrag des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums, nicht vom Verteidigungsministerium! Durchgeführt aber wurde sie von einem der Elitetechnokraten, die den Atomsektor beherrschen, und einem Militär.

**Was bedeutet die zivil-militärische „interdependency“ für die Auseinandersetzung um Atomkraft?**

Zum Beispiel, dass diese französische Studie nicht veröffentlicht, sondern als militärische Verschlussache eingestuft wurde, was eine ziemlich hohe Geheimhaltungsstufe ist. Das ist ein Skandal. Denn wenn die Beweggründe, neue AKW zu bauen oder Laufzeiten zu verlängern, ganz andere sind als die vorgeblich wirtschaftlichen oder energiepolitischen, dann müssen wir auch über genau diese eigentlichen Beweggründe diskutieren. Wenn der Steuerzahler über seine Stromrechnung eine militärische „interdependency“ mitfinanzieren soll, dann muss er das auch wissen!

**Das älteste französische AKW steht in Fessenheim im Elsass, 30 Kilometer vor Freiburg. Seine Abschaltung ist angekündigt, wird aber immer weiter verschoben. EDF behauptet, zunächst müsse der AKW-Neubau in Flamanville, ein EPR, ans Netz gehen.**

Es gibt keine Verbindung zwischen Fessenheim und Flamanville! Das ist ein Konstrukt. Wenn der politische Wille da wäre, Fessenheim



„Trident II“-Rakete, mit der auch die britischen Atom-U-Boote ausgestattet sind, beim Start

Foto: U.S. Department of Defense

vom Netz zu nehmen, könnten die beiden Reaktoren dort im Prinzip morgen früh abgeschaltet werden. Von der Reglementierung her ist das alles längst in der Pipeline, auch eine Entschädigungsregelung ist unterschrieben. Im Grunde genommen ist alles geregelt.

**Warum passiert es dann nicht?**

EDF und die Atom-Lobbyisten in Frankreich haben das Gefühl, dass sie nicht mal den kleinen Finger rausgucken lassen dürfen.

**Kein AKW weniger!?**

Genau. EDF hat sich ja sogar zu der Ansage erdreistet, dass sie außer Fessenheim – dazu gibt es nun mal einen Vertrag – bis 2029 überhaupt keine weiteren Reaktoren vom Netz nehmen wollen. Es gibt aber ein französisches Gesetz, das immer noch in Kraft ist, nach dem bis 2025 der Atomstromanteil auf 50 Prozent sinken soll!

**... was hieße, dass etwa ein Drittel der 51 Reaktoren bis dahin weg müsste.**

Vielleicht sogar mehr. Der ehemalige EDF-Chef Proglio hat dagegen bei einer parlamentarischen Anhörung erklärt, man werde das 50-Prozent-Ziel „organisch“, also ohne Abschaltungen, erreichen.

**Dafür müsste der Stromverbrauch um 50 Prozent steigen, ...**

... was gegen alle Trendanalysen steht: Sowohl in Frankreich als auch in der gesamten

EU sinkt er schon seit ein paar Jahren. Tatsächlich wäre es in EDFs eigenem Interesse, das AKW Fessenheim endlich abzuschalten. Der Konzern hat so eine gigantische AKW-Überkapazität, diese beiden Uralt-Reaktoren sind da komplett irrelevant. Aber sie wären eben der kleine Finger. Und die Devise lautet: Keinen Millimeter nachgeben!

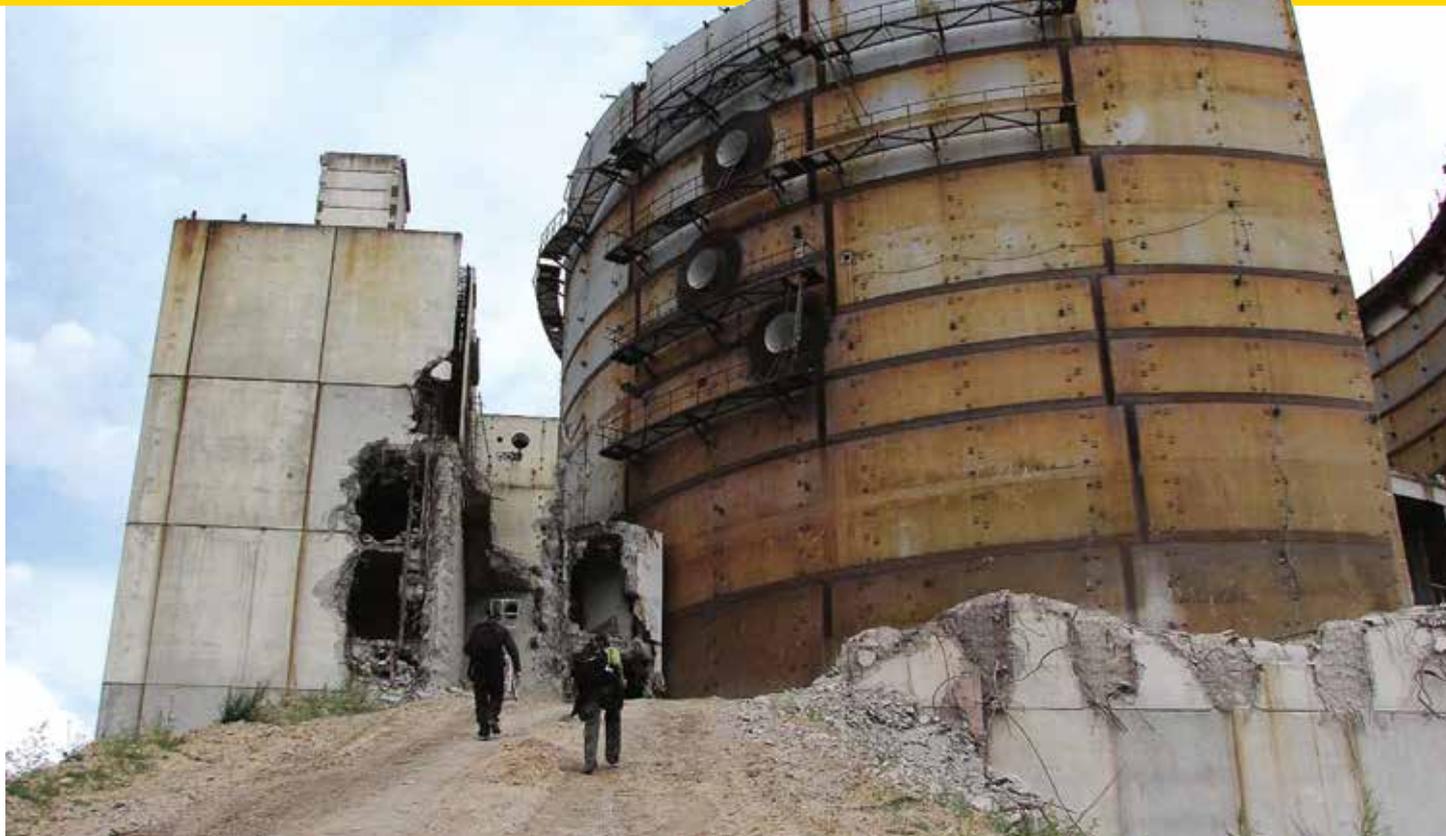
**Was fürchten die Atom-Fans?**

Dass die Wahrheit ans Licht kommt. Die Wahrscheinlichkeit, dass auch nur ein Bruchteil des französischen Reaktorparks durch neue Reaktoren ersetzt wird, ist sehr gering. Das müsste man eingestehen. Aber eine Industrie, die zugibt, dass sie keine Zukunft hat, ist nicht morgen tot, sondern heute. Und das ändert alles: Kein Geld mehr, keine Leute mehr, kein Einfluss mehr. Das trifft längst nicht nur EDF.

**Wenn die Verträge schon ausgehandelt, die Entschädigung schon vereinbart ist – was braucht es dann noch? Ein Machtwort?**

„Das war’s!“, sagte Kanzlerin Merkel nach dem Beginn des Fukushima-Desasters. Drei Monate später wurde der Ausstieg in Deutschland gesetzlich neu geregelt. In Frankreich haben Parlament und Regierung nie die Macht in der Energiepolitik an sich genommen, sondern sie immer an die Technokratenelite delegiert. Deshalb ist das so schwer.

Interview: Armin Simon



Das AKW Stendal ist tatsächlich nur Bauschutt – es war nie in Betrieb und ist daher auch nicht radioaktiv

Foto: Alcap / Flickr

# Verstopft

**Hintergrund** | Mit einem ausgeklügelten Konzept wollten sich die AKW-Betreiber kostengünstig ihres Atomschutts entledigen. Doch jetzt scheint der Plan nicht ganz aufzugehen: Die Bevölkerung spielt nicht mit

**I**n den kommenden Jahrzehnten reißt die Atomindustrie insgesamt 33 Atomkraftwerke in Deutschland ab. An einigen Standorten hat der Abriss bereits begonnen. Andernorts steht er kurz bevor. Bis zu 99 Prozent des Bauschutts landet in der „Mülltonne“. Das Material wird recycelt, verbrannt oder deponiert. So werden Atomkraftwerke zu Bratpfannen und Asche; landen unter Autobahnen; werden im Hausbau wiederverwertet oder auf Deponien eingebaut. Kein Problem, wäre der AKW-Schutt und -Schrott ausnahmslos unbelastet. Tatsächlich geht es jedoch insgesamt um mehrere Millionen Tonnen schwach strahlende Abrissabfälle, die die Atomindustrie buchstäblich über der Bevölkerung auskippen will. Vom Staat gibt es volle Rückendeckung für die Atomschutt-Pläne der Betreiber. Beide haben ein gemeinsames Interesse, das Atommüllvolumen und damit auch die dafür erforderlichen Lagerkapazitäten und -kosten so gering

wie möglich zu halten. Dass mit der Freigabe der Atomschuttmassen als „normaler Müll“ das Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung steigt, sei – auch da sind sich Atomindustrie und Staat einig – zumutbar. Mehr noch: Nur wer dieses „Entsorgungskonzept“ akzeptiere, stelle sich der angeblich gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für den AKW-Abriss – so jedenfalls der an die Bevölkerung gerichtete Appell der zuständigen Landesministerien.

## „Entsorgungskonzept“ schwächt

Doch viele Bürgerinnen und Bürger weigern sich, dieses Deutungsmuster anzunehmen. Der Deutsche Ärztetag, die Landesärztekammer in Baden-Württemberg und Umweltorganisationen warnen vor den Folgen und Risiken durch die Behandlung des Atomschutts als normalen Müll und Bauschutt. Vor allem an Deponie-Standorten ist das Thema präsent. Derzeit scheint es deutschlandweit keine Deponie zu geben, die

freiwillig AKW-Abfälle annimmt – eine Folge des örtlichen Widerstands. An einigen AKW-Standorten wie in Stade stapeln sich bereits die Abfälle. Die AKW-Betreiber wissen nicht, wohin mit dem Müll. Die Abriss-Projekte könnten dadurch vielerorts ins Stocken geraten. Umweltorganisationen haben längst Alternativen zum Abrisskonzept der Betreiber vorgelegt. Sie präferieren eine überwachte Lagerung des Atomschutts am jeweiligen AKW-Standort. Leitmotiv ist ein verbesserter Strahlenschutz und langfristige Sicherheit. Doch weder auf Landes- noch auf Bundesebene sind die zuständigen Politiker\*innen bereit, das Freigabekonzept zu überdenken und eine ernsthafte Prüfung der Alternativen in Auftrag zu geben. Stattdessen versuchen sie, die fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung und bei Kommunalpolitiker\*innen aller Parteien unter Verweis auf die derzeit gültige Gesetzeslage wegzuwischen. Diese hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung 2001 parallel zum „Atomausstieg“ Hand in Hand mit den Atomkonzernen geschaffen.

Der Bundestag hätte die Möglichkeit, das Atomgesetz entsprechend zu überarbeiten. Doch der politische Druck reicht derzeit nicht bis nach Berlin. Er spielt sich allein in den Ländern ab und ruft bisweilen erstaunliche Reaktionen hervor. So kündigte das grüne Umweltministerium in Schleswig-Holstein bei Widerstand gegen die geplanten Atomschutt-Deponierungen „unerquickliche politische Aktivitäten“ an. In Baden-Württemberg drohte der grüne Umweltminister Untersteller einem Landrat sogar ganz konkret mit Privathaftung – erfolgreich (siehe .ausgestrahlt-Magazin Nr. 37).

## Deponieflächen sind Mangelware

Für Deponien, die sich innerhalb eines Landkreises befinden, auf dessen Gebiet ein Atomkraftwerk steht, ist die abfallrechtliche Situation und damit auch die Drohkulisse eindeutig. Die zuständigen Landesministerien können die Deponie-Betreiber zur Annahme der im Kreisgebiet anfallenden Abfälle verpflichten. Doch nicht jeder der AKW-Landkreise verfügt über eine Deponie. Und damit gerät das AKW-Abrisskonzept ins Wanken – Entsorgungsnotstände rücken in greifbare Nähe.

Beispiel Karlsruhe: Im gesamten Landkreis gibt es keine Deponie, jedoch mit dem AKW Philippsburg und dem ehemaligen Kernforschungszentrum, heute Teil des Karlsruher Institut für Technologie (KIT), gleich zwei Atomanlagen. Bislang lautete die Lösung für derartige Deponie-

Sorgen: Sachsen. Auch Abrissabfälle aus dem niedersächsischen AKW Stade landeten lange Zeit dort auf Deponien. Nachdem 2015 die sächsische Öffentlichkeit von dem Atomschutt-Handel erfuhr, sagten die betreffenden Deponie-Betreiber zwar zu, keine weiteren AKW-Abrissabfälle anzunehmen. Das Geschäft lief dennoch weiter: Mit Wissen der Umweltministerien beider Bundesländer sollten etwa 5.000 Tonnen tritiumbelastete Betonblöcke vom KIT in Karlsruhe auf die Deponie Cröbern bei Leipzig „wandern“. Ein grüner Abgeordneter im sächsischen Landtag deckte die Sache auf – damit war der Deal gestorben.

Nachdem auch eine europaweite Ausschreibung des Atomschutts erfolglos blieb, zwingt das baden-württembergische Umweltministerium den Landkreis Karlsruhe nun zum Bau einer eigenen Deponie. Allerdings werden bis zu deren Fertigstellung wohl 20 Jahre ins Land streichen. Wohin solange mit den Abrissabfällen? Auch dazu weiß das Ministerium Rat: Der Landkreis soll ein Zwischenlager für den Atomschutt errichten. Wie ein solches Lager außerhalb des Atomrechts mit den gültigen Strahlenschutzbestimmungen vereinbart werden kann, ist fraglich. Schließlich wären dort mittelfristig alle gering radioaktiven Abfälle beider Reaktorblöcke in Philippsburg und des KIT untergebracht.

Stade und Karlsruhe sind keine Einzelfälle. Auch an anderen AKW-Standorten fehlen Deponieflächen, etwa in Biblis oder Brunsbüttel. Überall im Land, wo neue Deponien geplant werden, taucht zudem das Atomschutt-Thema auf und sorgt für Aufruhr in der Bevölkerung.

In Brake im Landkreis Wesermarsch, in dem Eon das AKW Unterweser abreißt, gibt es zwar eine Deponie, doch diese erfüllt nicht die gesetzlichen Bestimmungen für die Lagerung der schwach radioaktiven Stoffe. Zumindest noch nicht: Eon hat für die Deponie Käseburg in Brake eine „Einzelfallprüfung“ in Auftrag gegeben. Denn ab Januar 2019 erlaubt die neue Strahlenschutzverordnung, dass die gesetzlichen Bestimmungen im Einzelfall begutachtet und ausgesetzt werden können. Was nicht passt, wird eben passend gemacht.

## Atomschutt-Deponien

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt entledigt sich die Atomindustrie bereits seit Mitte der 1990er Jahre schwach strahlender Abfälle über die konventionelle Abfallwirtschaft. „Freigemessener“ radioaktiver Müll wird dabei wie ganz normaler Müll behandelt. Bislang handelte es sich dabei um eher kleine Mengen. Mit dem AKW-Abriss nimmt das „Freimess“-Verfahren eine neue Dimension an: Nun geht es um mehrere Millionen Tonnen.



Recherchen: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

- **Deponien**, auf denen bereits freigemessene radioaktive Abfälle liegen und weitere abgelagert werden könnten
- **Deponien**, auf denen freigemessene radioaktive Abfälle in Zukunft gelagert werden könnten
- **Müllverbrennungsanlagen**, in denen freigemessene radioaktive Abfälle verbrannt wurden oder werden

Die Karte ist aufgrund von Datenlücken nicht vollständig. Weitere Standorte können zudem jederzeit hinzukommen. Mehr Infos und Details unter [ausgestrahlt.de/atomschutt](http://ausgestrahlt.de/atomschutt)

Angela Wolff

# „Die ganze Gemeinde war auf Achse“



Foto: Christian Boedding

**Porträt | Dierk-Christian Vogt, 56, streitet mit einer Bürgerinitiative und als Arzt in seinem Heimatort Schwieberdingen bei Ludwigsburg gegen die Ablagerung schwach radioaktiven AKW-Schutts auf normalen Deponien**

Ich hoffe, dass es noch viele Jahre dauert, bis der strahlende Atomschutt wirklich zu uns kommt – mir scheint jedoch, dass das Thema in Baden-Württemberg durch ist. Herr Untersteller, *ausgerechnet* der grüne Umweltminister, hat sich ja mit Rückendeckung von Ministerpräsident Kretschmann klar dafür ausgesprochen, dass AKW-Abrissmaterial auf öffentliche Deponien gekippt werden darf. Zu uns nach Schwieberdingen und nach Horrheim soll ja der Schutt aus Neckarwestheim kommen, nach Buchen ist die Lieferung des Atomschrotts vom AKW Obrigheim geplant.

Von der ganzen Sache erfahren habe ich erst im Sommer 2016, durch einen Artikel in der Kreiszeitung: Schon seit 2008 wurde „Freigabemüll“ aus dem Kernforschungszentrum Karls-

ruhe in „unserer“ Deponie eingebaut. Diese Deponie liegt übrigens 500 Meter von den ersten Häusern unserer Gemeinde entfernt. Die Nachricht hat uns alle sehr geschockt – noch kurz zuvor erst saß ich mit an-

deren Bürger\*innen zusammen und wir haben ein ganzes Wochenende darüber diskutiert, wie diese Deponie nach Einbaustopp nachgenutzt werden kann. Wir haben gemeinsam mit der Gemeinde und dem Deponiebetreiber überlegt, z.B. für Kinder ein Naturlernzentrum darauf zu errichten! Als wir erfuhren, dass da längst radioaktive Restabfälle eingebaut worden sind, war es wie ein Schlag ins Gesicht. Wir haben uns schnell zusammengesetzt und mit einigen Leuten eine Informationsveranstaltung organisiert. Es kamen über 200 Anwohner\*innen, der Saal konnte die vielen Menschen gar nicht

fassen. Es hat mich sehr beeindruckt, wie das Thema die Menschen packt.

Danach war unseren Gemeinderäten und dem Bürgermeister klar, dass sie am Thema nicht mehr vorbeikommen. Anfangs waren sie noch skeptisch, haben unsere Initiative aber sehr bald unterstützt. Der Bürgermeister in der Nachbargemeinde hat sich gemeinsam mit den Gemeinderäten auf unsere Seite gestellt, in den Gemeinderatsbeschlüssen wurde der Einbau des AKW-Restmülls abgelehnt. Als nächstes kam die Kreisebene. Auch hier: anfangs Skepsis, dann entwickelte sich eine positive, sachliche Diskussion mit Kreisräten aus verschiedensten Fraktionen. Der Kreistag Ludwigsburg hat schließlich den Landrat aufgefordert, sich bei der Landesregierung um Alternativen zur Einlagerung zu bemühen.

Dazu beigetragen hat sicher auch unsere Demo im Juli 2017 – die war für den kleinen Ort Schwieberdingen riesengroß: über 600 Personen kamen. Die ganze Gemeinde war auf Achse. Sogar der Pfarrer hat aufgerufen teilzunehmen. Auf dem Podium haben unter anderem ein Bankvorstand, ein Hausarzt, der Bürgermeister von Schwieberdingen und der Bürgermeister aus dem Nachbarort gesprochen. Das ist eine Bewegung mitten aus der Bevölkerung und allen Politiker\*innen ist seitdem klar, sie müssen was tun.

Eigentlich komme ich ja aus Schleswig-Holstein. Ich habe während meiner Schulzeit gegen das AKW Brokdorf demonstriert. Seitdem war ich eher passiver Beobachter beim Thema Atomkraft. Es stimmt, ich bin erst durch direkte Betroffenheit – die Deponie liegt in Sichtweite meines Hauses – erneut aktiv geworden. Es ist allerdings eine Frechheit, wenn Fürsprecher der „Freigabe“

**„Was ist mit dem Recht der Bürger\*innen auf körperliche Unversehrtheit? Dazu gehört, dass jede Option geprüft wird!“**

versuchen, unseren Protest mit der Begründung diffamieren zu wollen, dass wir nur als Anwohner\*innen gegen die Freimess-Praxis seien und nach dem „Sankt-Florians-Prinzip“ den Müll auf andere abschieben wollten. Natürlich könnten wir jedes Wochenende zu den laufenden AKW laufen und dort protestieren. Aber wir haben das Problem der Folgen der Atomenergienutzung konkret vor Ort und versuchen mit aller Kraft, hieran etwas zu ändern und darüber hinaus für die ganze Atom-Problematik zu sensibilisieren!

### „Alternative Konzepte für den Verbleib des Mülls liegen auf dem Tisch – und dürfen nicht weiter übergangen werden.“

Es ärgert die Politik besonders, wenn sich Ärzte wie ich zu diesem Thema melden. Ärzt\*innen haben ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Tatsächlich hat sich die Ärzteschaft bei diesem Thema klar positioniert: Die Vertreterversammlung der Ärzteschaft Baden-Württemberg hat im Herbst 2016 in einer demokratischen Abstimmung beschlossen, dass sie wegen den bestehenden Strahlenrisiken den Einbau von „Freimess“-Atommüll in Deponien ablehnen. Dieser Beschluss wurde im Mai 2017 vom höchsten gewählten Bundes-Gremium der Ärzteschaft – dem Deutschen Ärztetag – mit überwältigender Mehrheit bestätigt. Die Umweltminister versuchten daraufhin, diese Beschlüsse durch vielerlei Interventionen zu unterlaufen. Sie haben verschiedene Ärztevertreter\*innen unter Ausschluss kritischer Wissenschaftler\*innen zu einem Fachgespräch eingeladen und allen kritischen Stimmen vorgeworfen, ihre Position sei unwissenschaftlich. In Baden-Württemberg hat die Landesärztekammer schließlich ein wissenschaftliches Symposium zu dem Thema durchgeführt mit dem Ergebnis, dass der Landesärztekammerpräsident im März 2018 ein Moratorium der Freigabepraxis gefordert hat und die Prüfung von Alternativen.

Die Ärzteorganisation IPPNW – Ärzte gegen den Atomkrieg – hat bereits ein Machbarkeitsgutachten vorgelegt, in dem Varianten beschrieben werden, wie man wesentlich besser mit dem Abrissmaterial umgehen könnte. Bis zum heutigen Tag haben sich aber weder das Umweltministerium noch zuständige Gutachter\*innen ernsthaft mit diesen Konzepten auseinandergesetzt. Es heißt schlichtweg, es ginge nicht. Man müsse nach rechtlichen Kriterien vorgehen und die besagen eben, dass die AKW-Betreiber einen Rechtsanspruch haben, ihren Atommüll dem Staat zu übertragen.

Ich frage mich: Was ist mit dem Recht der Bürger\*innen auf körperliche Unversehrtheit? Dazu muss doch gehören, dass jede Option geprüft wird! Bis heute ist dies mit keinem der alternativen Konzepte ernsthaft passiert.

Seit zwei Jahren kämpfen wir nun. Es ist schön, dass sehr viele Leute sehr viel positive Energie in das Thema gesteckt haben, gerade bei uns im Ort. Positiv hat mich gestimmt, dass es trotz allem auch sehr engagierte Politiker\*innen gibt, die wirklich für das Wohl der Bürger\*innen und der Umwelt etwas tun wollen. Sehr ermunternd ist die Zusammenarbeit mit anderen Bürger\*innen-Initiativen. Da bin ich äußerst beeindruckt, wie viele Menschen über Jahrzehnte hinweg die Kraft haben, zu kämpfen, obwohl dies oft nicht einfach ist.

Wir verhandeln weiter mit den Deponiebetreibern hier im Ort und überlegen zusammen,

wie sich – wenn der Müll da ist – die Gefahren noch eindämmen lassen. Wir begleiten und unterstützen auch die neu gegründete Bürger\*innen-Initiative in Karlsruhe. Dort soll demnächst eine neue Mülldeponie für Atomschutt entstehen, das muss verhindert werden. Wir richten unseren Blick weiter auf die Bundesebene, wie und ob wir auf das Strahlenschutzgesetz Einfluss nehmen können und wie man Bundestagsabgeordnete und den Bundesrat von dem Unsinn der bisherigen Freigabepraxis überzeugen kann.

Die Gremien müssen immer wieder angesprochen werden, wir werden immer wieder an die Umweltministerien und Abgeordnete auf Landes- und Bundesebene appellieren: Auch niedrig strahlende Reststoffe aus den AKW bedeuten ein gesundheitliches Risiko! Kümmert euch darum, sucht Alternativen, mit denen wir das Risiko senken können. Die alternativen Konzepte für den Verbleib des Mülls liegen auf dem Tisch – und dürfen nicht weiter übergangen werden.

Protokoll: Julia Schumacher

Anzeige

## Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



## Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . [www.ews-schoenau.de](http://www.ews-schoenau.de)

## .ausgestrahlt-Shop

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material für Dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellung per Telefon 040 / 2531 8940 oder direkt online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: [www.ausgestrahlt.de/shop](http://www.ausgestrahlt.de/shop)

Für Deine Bestellung innerhalb Deutschlands fallen 4,70 € anteilige Versandkosten an.

## .ausgestrahlt-Infoflyer (Auswahl)



**Flyer „Schöne neue Reaktorwelt?“**  
„Generation IV“ und andere neue AKW  
*DIN lang, achtseitig – kostenlos M-128-05*



**Flyer „Ene, mene, muh ...“**  
Kompakt-Infos zur aktuellen Standortsuche für ein Atommüll-Lager  
*DIN lang, achtseitig – kostenlos M-302-30*



**Infoflyer „Atommüll ohne Ende“**  
Strahlende Altlasten in Deutschland – ein Überblick  
*DIN lang, achtseitig – kostenlos M-302-26*

## Weihnachtsgeschenke für Atomkraftgegner\*innen



**DVD „Furusato – Wunde Heimat“**  
Der preisgekrönte Dokumentarfilm von Thorsten Trimpop porträtiert Menschen, die in der Region Fukushima leben  
FSK ab 12 Jahren, 94 Minuten, OMU  
*14,99 Euro – V-310-02*

**Buch „Der Störfall“**  
Macht und Ohnmacht im Atomkraftwerk, von Helmut J. L. Mayer. Fachkundiger Roman eines ehemaligen AKW-Betriebsleiters über einen technisch möglichen Störfall nach einem Leck im Heizrohr eines Dampferzeugers  
*361 Seiten – 16,90 Euro*



→ Weitere Geschenkideen findest Du in der Rubrik „Geschenke“ auf [ausgestrahlt.de/shop](http://ausgestrahlt.de/shop)

## Europa ohne Atom



**Hintergrund-Info**  
„Euratom – oder Europa ohne Atom“  
Fragen und Antworten zur Europäischen Atomgemeinschaft  
*A5, vierseitig – kostenlos M-315-01*

## .ausgestrahlt

**.ausgestrahlt-Magazin Nr. 41**  
zum Auslegen und Verteilen  
*A4, 24 Seiten – kostenlos M-121-41*



**Flyer „Stopp RWE!“**  
RWE setzt immer noch auf Kohle und Atom. Wir setzen auf Stromanbieter-Wechsel!

*DIN lang, doppelseitig – kostenlos M-309-18*



**Flyer „Richtig abschalten“**  
Atom- und Kohleausstieg sind kein Widerspruch  
*DIN lang, achtseitig – kostenlos M-309-17*



**Flyer „Die Schauermärchen der Atomlobby“**  
Mit dreisten Falschbehauptungen versucht die Atomlobby, die Energiewende schlechtzureden. Dieser Flyer klärt die Fakten – eine gute Argumentationshilfe  
*DIN lang, achtseitig – kostenlos M-309-02*



**Flyer „Netzverstopfer – Leitung frei für Erneuerbare“**  
zum Auslegen und Verteilen  
*DIN lang, zweiseitig – kostenlos M-309-16*



**.ausgestrahlt bleibt wachsam, kritisiert die steigenden und aktuellen Gefahren und kämpft für ein schnelles Aus der AKW. Dies ist nur möglich, weil bereits 3.480 Förderinnen und Förderer .ausgestrahlt unterstützen. Bist Du schon dabei?**

**W**as haben Atomkraftwerke mit einer Badewanne zu tun?“, habe ich Anfang September geschrieben. Die seltsame Frage hat einen ernsten Hintergrund: Die Kurve, die entsteht, wenn man die Ausfallrate von technischen Geräten und Systemen in Relation zu ihrer Lebensdauer aufzeichnet, ähnelt dem Längsschnitt einer Badewanne. Am Anfang und am Ende des Lebenszyklus eines technischen Systems ist die Störfallrate besonders hoch, dazwischen über lange Zeit relativ niedrig. Deswegen sprechen Techniker\*innen von der „Badewannenkurve“, wenn sie die Zuverlässigkeit von Geräten und Systemen beschreiben.

Für die AKW bedeutet das: **Die kommenden Jahre sind die gefährlichsten.** Denn die sieben Reaktoren, die in Deutschland noch laufen, sind alle schon mindestens 30 Jahre am Netz. Und je näher das Jahr 2022 rückt, in dem nach derzeitigem Stand die letzten ihren Betrieb einstellen sollen, umso größer wird das Risiko. Nicht allein nur wegen des Alters der Anlagen, sondern auch, weil ihre Betreiber weitere Investitionen in die Sicherheit nun erst recht scheuen. Die Gefahr, dass alte Bauteile nicht mehr ausgetauscht werden, weil die Kosten nicht mehr reinzuholen sind, ist groß. All das habe ich in meiner E-Mail vom 11. September erklärt, mit der ich dazu aufgerufen habe, die Arbeit von .ausgestrahlt regelmäßig finanziell zu unterstützen.

Einen Tag später veröffentlicht das Recherchezentrum correctiv.org einen ausführlichen Bericht über 30 bis 40 Jahre alte, technisch rückständige Brandschutzklappen in Atomkraft-

werken, die nicht ausgetauscht werden, weil der Aufwand zu groß wäre. Aggressive Rauchgase, die elektronische Bauteile und Computer zerstören, könnten sich demnach über das Lüftungssystem im ganzen Gebäude verteilen und wichtige Systeme oder gar die Leitwarte lahmlegen – siehe Seite 4.

Nochmals zwei Tage später teilt EnBW mit, dass es im AKW Neckarwestheim-2 zum wiederholten Mal zu Schäden an Dampferzeugerheizrohren gekommen ist. Ein Leck an einem dieser vielen Tausend Rohre könnte gravierende Folgen haben – mehr dazu auf Seite 12.

Ob das alles bis Ende 2022 gut geht? Sicher ist nur das Risiko ...

**Klar ist aber: Nur großer öffentlicher Druck kann dafür sorgen, dass die Aufsichtsbehörden Reparaturen und Sicherheits-Nachrüstungen ungeachtet der den Meilern verbleibenden begrenzten Laufzeit konsequent einfordern und Anlagen andernfalls stilllegen.**

Wenn Du .ausgestrahlt dabei unterstützen möchtest, immer wieder auf die Gefahren hinzuweisen und dafür zu streiten, dass die sieben noch laufenden AKW schneller abgeschaltet werden – vor dem nächsten Super-GAU – dann werde jetzt Förderer oder Förderin. Und wenn Du es bereits bist, sprich in Deinem Umfeld Menschen an, ob sie es werden wollen – oder erhöhe Deinen monatlichen Beitrag. Wer jetzt einsteigt oder erhöht, bekommt auf Wunsch ein Geschenk und kann zudem noch gewinnen – siehe Spalte rechts oder auf [ausgestrahlt.de/foerdern](http://ausgestrahlt.de/foerdern) *Jochen Stay*

## Geschenk!

Wer .ausgestrahlt zukünftig regelmäßig finanziell unterstützt (oder die Unterstützung erhöht), bekommt ein Geschenk:



**DVD „Furusato – wunde Heimat“** bei einem monatlichen Förderbetrag von mindestens 10 Euro oder einer Erhöhung

**ODER**



**Buch „Power to Change“** bei einem monatlichen Förderbetrag von mindestens 15 Euro oder einer Erhöhung

## Gewinn!

Alle neuen Förderinnen und Förderer sowie alle, die ihren bisherigen Beitrag erhöhen, nehmen zudem an einer Verlosung teil:

- **4 × Werkhaus-Gutschein über 50 Euro**, gültig für Bestellungen ab 50 €, einlösbar bis 31.10.2019 unter [werkhaus.de/shop](http://werkhaus.de/shop);
- **2 × Gutschein für Ökostrom von den Elektrizitätswerken Schönau (EWS) im Wert von 200 Euro**, anrechenbar auf EWS-Stromrechnung, somit nur nutzbar für aktuelle oder künftige Kund\*innen der EWS;
- **1 × Aufenthalt im wunderschönen wendländischen Bio-Hotel „Kenners Landlust“**, 2 Nächte, 2 Pers., HP, außerhalb der Ferienzeiten, Anreise auf eigene Kosten.

### Teilnahmebedingungen (Verlosung)

Teilnahmeberechtigt sind Personen ab 18 Jahren, die zwischen dem 11.9. und dem 31.12.2018 Neuförderinnen und Neuförderer werden oder ihren bisherigen Förderbeitrag erhöhen. Mitarbeiter\*innen von .ausgestrahlt sind ausgeschlossen. Die Teilnahme ist per Brief, Fax oder unter [ausgestrahlt.de/foerdern](http://ausgestrahlt.de/foerdern) möglich. Einsendeschluss ist der 31.12.2018. Die Preise werden ausgelost und an die Gewinner\*innen übermittelt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Veranstalter ist .ausgestrahlt e.V. Hinweise zum Datenschutz unter [ausgestrahlt.de/datenschutz](http://ausgestrahlt.de/datenschutz)

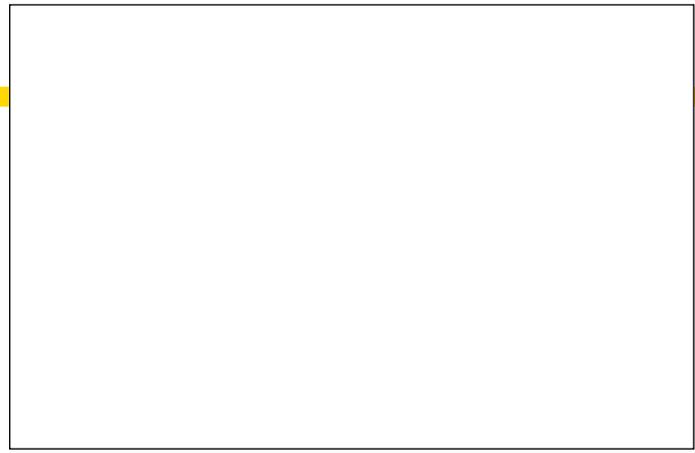
**Du möchtest .ausgestrahlt fördern?**

**Nutze den beiliegenden Rückmeldebogen oder gehe auf [ausgestrahlt.de/foerdern](http://ausgestrahlt.de/foerdern)**



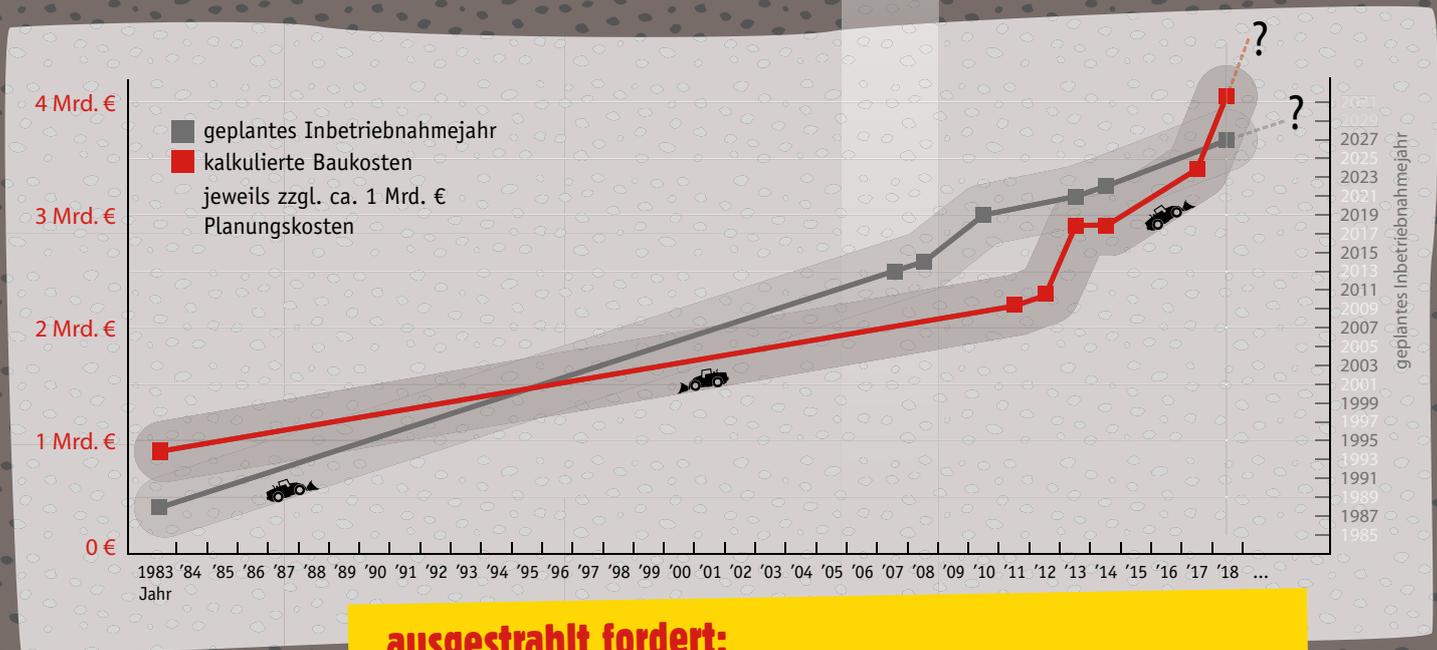
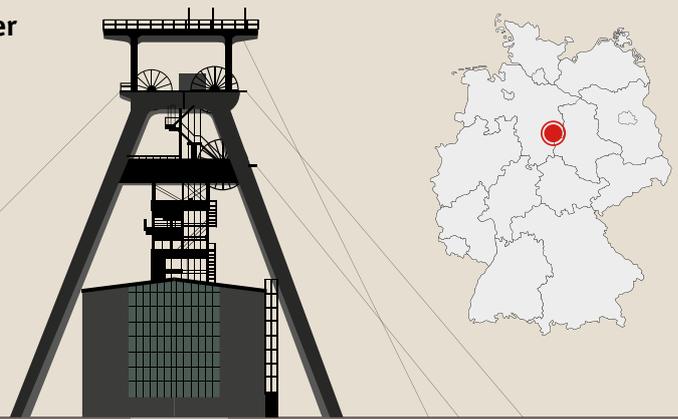
*„Ich fördere .ausgestrahl, weil ich um die Zukunft meiner Enkelkinder fürchte, wenn .ausgestrahl nicht unermüdlich auf die Missstände in der AKW-Wirtschaft aufmerksam machen würde.“*

Heidrun Meyer, Pinneberg



# Schacht Konrad: zeitraubendes Scheitern

**Infografik** | 1975 kürt die Bundesregierung die ehemalige Eisenerzgrube Schacht Konrad bei Salzgitter zum Atommülllager – ohne Standortvergleich. Das rächt sich: Immer neue Probleme treiben die Kosten in die Höhe, eine Inbetriebnahme des Lagers ist nicht absehbar



**.ausgestrahl fordert:**

- Atommüllprojekt Schacht Konrad aufgeben
- Neue transparente Standortsuche nach klaren Kriterien und Mitbestimmung der Betroffenen
- Sofortiger Stopp der Atommüll-Produktion in AKW und Atomfabriken

Quellen: Presseberichte, BfE, atomuellreport.de, AG Schacht Konrad